

OFFENES HANDBUCH FÜR GEMEINDEN „WEGE AUS DER ASYLQUARTIERKRISE“

Ratschläge, Auskünfte und Erfahrungen für die erfolgreiche Integration von
Flüchtlingen - von BürgermeisterInnen, für BürgermeisterInnen



Zum Abschluss des Europäischen Forums Alpbach 2015 suchten am 4. September 2015 mehr als 100 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gemeinsam Wege aus der Asylquartierkrise. In einem partizipativen Prozess tauschten sie untereinander und mit ExpertInnen aus NGOs Know-how und Erfahrungen rund um die Aufnahme von Flüchtlingen aus. Das vorliegende Handbuch, zusammengestellt vom Moderationsteam des Treffens, bündelt das Wissen, die Auskünfte und Erfahrungen aller Beteiligten. Es ist dazu gedacht, weiteren Gemeinden zu helfen, Flüchtlinge erfolgreich aufzunehmen und kann als „offenes“ Buch unter www.alpbach.org/buergermeister runtergeladen werden.

Das Europäische Forum Alpbach bedankt sich bei allen BürgermeisterInnen, ExpertInnen, ModeratorInnen und MultiplikatorInnen für ihren Einsatz!

Wege aus der Asylquartierkrise – Baumeisterinnen und Baumeister der Solidarität

Das offene Handbuch besteht aus fünf Bausteinen. Der erste Teil (A) bildet die Kerninhalte der Gespräche und Diskussionen ab. Darin finden Sie zehn Schritte auf dem Weg zu einer integrationsfreundlichen Gemeinde, die von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern erarbeitet wurden. Der zweite Baustein (B) fasst die Inhalte der Gespräche mit den ExpertInnen zusammen. Im dritten Teil (C) können Sie unter dem Motto „Constructive Storytelling“ die Erfahrungen von BürgermeisterInnen aus 16 beispielgebenden Gemeinden nachlesen. Am Ende (D) finden Sie einen ausführlichen Adressenteil mit Hinweisen und nützlichen Internetadressen sowie die Liste aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer (E).

Das Handbuch ist ein Resultat des Alpbacher Vernetzungstreffens für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Das Europäische Forum Alpbach initiierte bei dem Treffen mit Hilfe eines 18-köpfigen Moderationsteams einen mehrstündigen, interaktiven und partizipativen Wissensaustausch, um in kurzer Zeit möglichst viel des Wissens aller 100 TeilnehmerInnen zu Tage zu bringen.

Das Europäische Forum Alpbach steht gerne bei der Planung und Durchführung von partizipativen Gruppenprozessen beratend zur Seite. Bitte kontaktieren Sie Philippe Narval, Geschäftsführer des Europäischen Forums Alpbach, unter + 43 1 718 17 11 0 oder forum@alpbach.org für weitere Auskünfte und Informationen.

Hinweis: Das Dokument wurde in einem kollaborativen Prozess vom Moderationsteam erstellt. Es fasst die Gespräche des Vernetzungstreffens vom 4. September 2015 zusammen, erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder die korrekte Darstellung rechtlicher Aspekte. Es bringt unterschiedliche Sichtweisen, Meinungen und Erfahrungen zusammen und stellt einen Leitfaden dar.

Redaktionsteam: Margarete Endl, Martina Handler, Gwendolyn Kohlhaupt, Stefan Kranewitter, Joachim Schwendenwein, Alexander Strobl, Melinda Varfi

Weitere Informationen und Videos unter: www.alpbach.org/buergermeister

Veranstalter des Alpbacher Bürgermeistertreffens: Europäisches Forum Alpbach, Franz-Josefs-Kai 13/10, 1010 Wien
T +43 (1) 718 17 11-0 F +43 (1) 718 17 01 | E forum@alpbach.org | www.alpbach.org

Inhaltsverzeichnis

A.	Zehn Schritte zur integrationsfreundlichen Gemeinde.....	4
1.	Eine respektvolle Grundstimmung hilft.....	4
2.	Die Bürgermeisterin und der Bürgermeister sind Schlüsselfiguren	4
3.	Eine positive Vision vermitteln.....	5
4.	Schon vor der Ankunft –Willkommenskultur schaffen und Unterstützungsnetzwerk weben.....	6
5.	Gezielt und gekonnt informieren und kommunizieren	7
6.	Beim Ankommen & Sich-Einfinden unterstützen.....	10
7.	Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen	12
8.	Für ausreichende finanzielle Unterstützung sorgen	14
9.	Mit Problemen und Konflikten konstruktiv umgehen.....	14
10.	Langfristige Perspektive: Was braucht es, damit Integration gelingt?	15
B.	Gesprächsrunden mit ExpertInnen.....	17
1.	Asylprozess – rechtliche Informationen.....	18
2.	Einbindung Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit	21
3.	Psychosoziale Fragen	23
4.	Ressourcen & Chancen	25
5.	Lage in den Herkunftsländern und Fluchtgründe	27
6.	Asylquartiere und Unterbringung.....	29
7.	Privatunterkünfte für Flüchtlinge	34
8.	Lernen von Traiskirchen	35
9.	Österreichische Flüchtlingskoordination	37
C.	Constructive Storytelling: BürgermeisterInnen erzählen Erfolgsgeschichten	39
	Geschichte 1: Krumpendorf am Wörthersee, Kärnten.....	40
	Geschichte 2: Ottensheim, Urfahr Umgebung, Oberösterreich	41
	Geschichte 3: Klosterneuburg, Wien-Umgebung, Niederösterreich	42
	Geschichte 4: Lech, Bezirk Bludenz, VBG	43
	Geschichte 5: Zirl, Bezirk Telfs, Tirol	45
	Geschichte 6: Alberschwende, Bezirk Bregenz, Vorarlberg.....	45
	Geschichte 8: Perchtoldsdorf, Bezirk Mödling, Niederösterreich.....	47
	Geschichte 9: Bad Erlach, Bezirk Neunkirchen, Niederösterreich	48
	Geschichte 10: Neudörfel, Bezirk Mattersburg, Burgenland.....	49
	Geschichte 11: Horn, Bezirk Horn, Niederösterreich	50
	Geschichte 14: Gutau, Bezirk Freistadt (Mühlviertel), Oberösterreich.....	52
	Geschichte 15: Rechnitz, Bezirk Oberwart, Burgenland	54
	Geschichte 16: Markt Hartmannsdorf, Bezirk Weiz, Steiermark	55
	Geschichte 17: Kaltenbach, Bezirk Schwaz, Tirol	57
D.	Adressen, Links und Literatur	58
E.	TEILNEHMERINNEN.....	61

A. ZEHN SCHRITTE ZUR INTEGRATIONSFREUNDLICHEN GEMEINDE

1. Eine respektvolle Grundstimmung hilft

Manchmal ist es kein Kaltstart

sondern baut auf positiven Erfahrungen der Bevölkerung mit Flüchtlingen auf.

„Bei uns in der Gemeinde gibt es seit über 10 Jahren gute Erfahrungen mit Flüchtlingen in einem Einfamilienhaus im Ort, die Kinder gehen in die Schule und sind gut integriert; manchmal gibt es Beschwerden wegen der Lautstärke, aber ansonsten keine Probleme.“

oder ein sanfter Start

„Die ersten Flüchtlinge haben wir ‚gut ausgewählt‘ – sie fielen in unserer Tourismusgemeinde kaum auf, Bevölkerung und Touristen gewöhnten sich rasch an die Neuankömmlinge. Nach und nach kamen weitere hinzu.“

bisweilen ist es eine Überraschung

„Wir bekamen einen Anruf, dass 50 Flüchtlinge in einem Containerdorf bei uns untergebracht werden.“

In jedem Fall ist eine positive Grundstimmung – schon vor Ankunft der Flüchtlinge – von zentraler Bedeutung. Wie kann sie hergestellt oder gestärkt werden?

2. Die Bürgermeisterin und der Bürgermeister sind Schlüsselfiguren

In allen beispielgebenden Geschichten kommt der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister eine zentrale Rolle für die erfolgreiche Flüchtlingsaufnahme zu – als Initialzündler, als EisbrecherIn, der/die andere überzeugt, der/die authentisch und glaubwürdig hinter der Sache, zur Verantwortung und zu getroffenen Entscheidungen steht.

Die Zuversicht und Überzeugung („Wir schaffen das“, „Packen wir es an!“ „Es geht!“), das persönliche Engagement, das gute Beispiel erzeugt positive Stimmung und Energie in der Gemeinde, motiviert Freiwillige, sich zu engagieren und ebenfalls Verantwortung zu übernehmen. Viele BürgermeisterInnen zeigen auch Mut zu unbürokratischen bzw. unkonventionellen Lösungen.

„Menschen honorieren eine humanistische Haltung. Durchhalten zahlt sich aus!“ (Andreas Babler, wiedergewählter Bürgermeister von Traiskirchen)

Alle an einen Tisch versammeln und dazu bringen, an einem Strang zu ziehen

BürgermeisterInnen sind KommunikatorInnen und die Aufnahme von Flüchtlingen in der Gemeinde ist eine wesentliche Kommunikationsaufgabe. Zunächst gilt es,

- Klarheit zu schaffen: Was kommt auf die Gemeinde zu? (siehe unten) Der Realität ins Auge sehen: das ist eine längerfristige Herausforderung!

- Für Verständnis in der Verwaltung zu sorgen: geeignete Menschen mit der Projektkoordination betrauen und die personellen Ressourcen angemessen zu steuern (z.B. einen Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin am Wirtschaftshof aufnehmen).
- Vorgespräche mit verschiedenen AkteurInnen und ExpertInnen (Polizei, NGO's, Land) wie auch skeptischen Personen aus der Gemeinde zu führen.
- Konsens „innerhalb des Systems“ herzustellen (mit anderen Parteien, Verwaltung, Kirche, Polizei, Landesebene etc.), nach Möglichkeit einen einstimmigen Beschluss im Gemeinderat herbeiführen, sich für Asylsuchende in der Gemeinde zu engagieren und Quartiere zur Verfügung zu stellen. Wichtig ist dabei, dass von Anfang an möglichst alle Parteien eingebunden sind.
- Als BürgermeisterIn offen für die Sorgen der Menschen sein und verständnisvoll auf diese eingehen, trotzdem klar und entschieden sein, was die Flüchtlingsbeherbergung angeht.

Schöne Beispiele wie mit dem Thema keine (Partei-)Politik gemacht wird, sind z.B. von allen Parteien unterschriebene Informationen oder auch Spendenaufrufe an die Bevölkerung.

Von der internen Kommunikation geht es in konzentrischen Kreisen bis zur gesamten Gemeindebevölkerung nach außen (siehe Kapitel Kommunikation weiter unten).

3. Eine positive Vision vermitteln

Unter Einbeziehung aller AkteurInnen – alle Parteien, die Verwaltung, die Organisationen und BürgerInnen – erarbeiten die Bürgermeisterin und der Bürgermeister mit den MitarbeiterInnen gemeinsam eine positive Vision und eine Strategie, die auch eine regionale Zusammenarbeit inkludiert.

- Klarheit schaffen: Was kommt auf die Gemeinde zu? → Fakten zusammentragen
 - Wie viele Flüchtlinge kommen? Aus welchen Ländern? Mit welchem Status? Welche Betreuungseinrichtungen als Partner? Nach Möglichkeit eine verbindliche Erklärung der übergeordneten Stellen einholen.
- Was kann die Gemeinde leisten?
 - Bauliche Möglichkeiten prüfen: Wo können Unterkünfte geschaffen werden?
 - Kontakte mit Institutionen (OEGB, Pfarre etc.)
 - Relevante Kenntnisse/ Wissen von Einzelpersonen nutzen: Wer beschäftigt sich in der Gemeinde schon lange mit dem Thema? Wie können diese Personen aktiviert werden?
- Positive Haltung in der Gemeinde herstellen: Die Flüchtlinge sind nicht nur Opfer. Wenn Flüchtlinge mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten gesehen werden, als Bereicherung und als Teil der Lösung anerkannt werden, kann lebendige Selbsthilfe stattfinden.
- Bestehende Strukturen/Ressourcen sind wertvoll wie z.B. der Verein „Lust auf Gerechtigkeit“, <http://www.khg.aau.at>
- Vorhandene offene Räume und Initiativen (z.B. von KünstlerInnen betriebenes Haus) nutzen.
- Dabei ist die Balance & Koordination von Ehrenamtlichen & Organisationen wichtig - das Engagement aller Beteiligten einzuladen und zu fördern aber niemanden zu überfordern.
- Lokale MultiplikatorInnen (v.a. den Pfarrer) einbeziehen.

Wichtig: Positive Beispiele aus anderen Gemeinden kommunizieren!

4. Schon vor der Ankunft –Willkommenskultur schaffen und Unterstützungsnetzwerk weben

Alle zentralen Akteure der Gemeinde sollten eingebunden werden und GEMEINSAM eine herzliche und würdevolle Aufnahme vorbereiten.

Ein Netz aufbauen:

mit Schlüsselpersonen/MultiplikatorInnen

- Menschen, die in der Gemeinde Autorität haben, anerkannt sind, Verbindungspersonen zu Netzwerken oder Gruppen sind, viel mit Menschen zusammenkommen, die sich für das Thema engagieren und Unterstützung anbieten: Pfarrer, LehrerInnen, KindergartenpädagogInnen, Ärzte, Polizei, Frisör, Wirt etc.

mit Organisationen/Unternehmen vor Ort

- Mit lokalen Organisationen, NGOs eine Plattform etablieren und Netzwerke aufbauen, mögliche UnterstützerInnen/Freiwillige ansprechen.
- Mit Vereinen und NGOs Betreuungs-, Beschäftigungs- und Lernmöglichkeiten schaffen (z.B. Caritas, Volkshilfe, Diakonie, Hebammen etc.). Auch PartnerInnen wie etwa die ÖBB einbinden. Deutschkurse in Zusammenarbeit mit Schulen, pensionierten DeutschlehrerInnen, Freiwilligen.
- Schulen und Kindergärten auf die Situation vorbereiten, Elternvereine ansprechen.
- Vereine und Initiativen einbinden z.B. Freiwillige Feuerwehr, Pfadfinder, Künstlerinitiativen, Pfarrgruppen, -gemeinderat, Sportvereine etc.
- Unternehmen einbinden!

Freiwillige HelferInnen einbinden, koordinieren und unterstützen

Viele Menschen sind bereit, sich in der Flüchtlingsbetreuung zu engagieren. Dieses Engagement gilt es zu koordinieren, zu unterstützen, wertschätzend zu pflegen und zu schützen.

- Fähigkeiten aller Altersstufen nutzen: Jeder kann etwas beitragen. Am besten Menschen (Einheimische und AsylwerberInnen) mit ähnlichen Interessen, Altersstufen etc. zusammenbringen.

Damit stabiles, langfristiges Engagement möglich wird ...

- Vor allem in den ersten Monaten: Freiwillige bei ihrem Engagement unterstützen, Strukturen aufbauen. (Ein Ansprechpartner in der Gemeinde für freiwillig Engagierte).
- Klare Strukturen schaffen Sicherheit und Vertrauen (sowohl auf Seiten der Gemeinde, der engagierten BürgerInnen, wie auch bei den Flüchtlingen).
- Engagement – privates wie öffentliches – braucht Koordination, damit vorhandene Kapazitäten besser ausgeschöpft werden können und keine nicht-benötigten Leistungsangebote entstehen – z.B. FlüchtlingskoordinatorIn in der Gemeinde.
 - Ehrenamtliche werden häufig auch mit Fragen und Anliegen konfrontiert, die ihre Kenntnisse übersteigen (z.B. rechtliche Fragen): Sie müssen Klarheit haben, wohin sie

sich wenden können: zB Flüchtlingskoordinatorin; Liste mit NGOs, die rund um das Thema Asyl tätig sind.

- Die Arbeit mit Flüchtlingen ist für Ehrenamtliche bisweilen physisch und psychisch eine Herausforderung; Betreuung, Unterstützung durch Supervision ist hilfreich.
- Monatliche Treffen der Ehrenamtlichen zum Austausch, um Neues zu lernen (manchmal mit ReferentInnen), zB Ehrenabende (Praxis im Flüchtlingsheim St. Gertraudi): monatliche Begleittreffen für Ehrenamtliche und Interessierte, die dem Erfahrungsaustausch und der Problembearbeitung dienen und immer einen anderen inhaltlichen Schwerpunkt haben; thematische Infoabende, zum Beispiel Deutschunterricht
- Unterstützung für ehrenamtliche DeutschlehrerInnen im Jour fixe mit professionellen DeutschlehrerInnen in Volkshochschulen (Vorarlberg).
- Anerkennungskultur: Anerkennung für ihre Leistungen (Nennung in der Gemeindezeitung, Gutscheine, Freikarten etc.), motivierende Rückmeldungen, Wertschätzung.
- Familien übernehmen Patenschaften für andere Familien, halten regelmäßig Kontakt; Austauschtreffen organisieren.
- Anlaufstellen schaffen, zB. die gut organisierte und eingebundene Pfarre als erste Anlaufstelle für Integration war zu jedem Zeitpunkt involviert und unterstützte bei allen Anliegen wie Wohnraumbeschaffung, Integrationsmaßnahmen, etc.
- Wunsch seitens der BürgermeisterInnen: Leitfaden für eine koordinierte Einbeziehung von Freiwilligen und NGOs – Strukturen, Koordination, Absicherung, Supervision etc.

Eine gute Wissensbasis schaffen und Fakten verbreiten

Widerstand und Ablehnung entsteht oft durch Unwissen. Wichtig ist daher, der Bevölkerung relevante Informationen und Fakten, etwa auf der Gemeindeformel oder über ein Informationsblatt, zur Verfügung zu stellen.

Rechtliches und Faktenwissen

- Klarheit über die Grundbegriffe und den Rechtsstatus der ankommenden Menschen schaffen (Flüchtling, Migrant, Asylwerber, Grundversorgung, Asylverfahren), siehe Kapitel Themenrunde 1 – Rechtliche Grundlagen oder <http://www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/fluechtlingsland-oesterreich/questions-and-answers/asylsuchende-in-oesterreich.html>
- Auf der Gemeindeformel einen Text mit „Häufig gestellte Fragen“ (FAQ) zum Thema erstellen und zu informativen Websites (siehe oben und Adressenteil am Ende dieser Dokumentation) verlinken.

5. Gezielt und gekonnt informieren und kommunizieren

Gute Kommunikation – offen, transparent und frühzeitig – ist einer der Schlüsselfaktoren zum Erfolg. Frühzeitige Kommunikation sorgt dafür, dass die BürgerInnen „es nicht aus der Zeitung erfahren“. Nicht alle Zielgruppen sind von Beginn an gleich wichtig. Die unmittelbaren NachbarInnen werden als

erste und am besten durch ein persönliches Gespräch informiert, für die BewohnerInnen auf der anderen Seite des Ortes wird die öffentliche Informationsveranstaltung und die Ankündigung in der Gemeindezeitung ausreichen. Es gilt also, differenziert in unterschiedlichen Formen und auf verschiedenen Kanälen zu kommunizieren, genau abgestimmt auf die konkrete Situation in der Gemeinde, um alle betroffenen und relevanten Personen in angemessener Weise zu erreichen.

Durch gute Kommunikation kann eine breite Basis der Zustimmung geschaffen werden, zum Beispiel einen gemeinsamen Gemeinderatsbeschluss VORAB, also bevor die Menschen im Ort ankommen.

Kommunikationsstruktur

- Die Kommunikation sollte zentral über eine Person in der Gemeinde koordiniert werden, am besten entweder über eine hauptamtliche MitarbeiterIn einer NGO (wenn vorhanden) oder über die Gemeinde (z.B. Flüchtlingskoordinatorin).
- Die Gemeinde sollte für Fragen offen und ansprechbar sein, damit BürgerInnen die Sicherheit haben, mit ihren Anliegen gehört zu werden. Beispiel Klosterneuburg: 1x pro Woche Sprechstunde im Rathaus hat positive Wirkung, egal wie viel die Sprechstunde tatsächlich in Anspruch genommen wird. Es muss nicht die Sprechstunde der BürgermeisterIn selbst sein – entweder eine NGO oder die Flüchtlingskoordinatorin der Gemeinde.

Schriftliche Informationen (Infoblätter, Briefe, Artikel in lokalen Medien etc.)

- Informationsbrief an Nachbarn des geplanten Quartiers/ Containerareals, Informationsblatt zum Beispiel gemeinsam mit Pfarrer, Aussendung als Teil der Bezirkszeitung, Informationen und Kolumnen im Gemeindeblatt.
- Klare Distanzierung von verhetzenden Aussagen und Hass-Postings.
- Eine Gemeinde hat einen Brief an den Landeshauptmann und seine Antwort veröffentlicht.

Informationsveranstaltungen & Versammlungen

- Offener Informationsabend für die Bevölkerung mit ExpertInnen (Polizei, Caritas, VertreterIn vom Land, BürgermeisterIn): alle – auch die Gegner und SkeptikerInnen – haben Gelegenheit, ihre Sorgen zu äußern und ExpertInnen antworten auf alle Fragen und auch Sorgen direkt und konkret (gute Moderation wichtig).
- Gut vorbereitet mit möglichst viel Faktenwissen und Informationen (rechtliche Aspekte, Anzahl der Flüchtlinge, Herkunft der Flüchtlinge etc.) in die Veranstaltung gehen.
- Klare Haltung (auch bei Ungewissheit) und schnelle, direkte und faktenbasierte Kommunikation.
- Als besonders wichtig erwies sich in einer Gemeinde die konstruktive Teilnahme des Polizeikommandants, der Sorgen wegen wachsender Kriminalität abschwächen kann.
- Regelmäßige Infoabende sorgen für gutes Klima.
- Sorgen und Ängste der Bevölkerung im Auge behalten und einfühlsam darauf reagieren, aber mit klarer Haltung.

Möglichkeiten der direkten Kommunikation nützen und Möglichkeiten zu persönlicher Begegnung schaffen

- Probleme und Verunsicherungen sichtbar machen, benennen und ehrlich beantworten.
- Interne Netzwerke helfen Informationen zu verbreiten und Akzeptanz von Entscheidungen zu stärken. Aus Sicherheitsgründen keine Informationsweitergabe durch Einwohnermeldeamt.
- Direkte Begegnungen mit den BürgerInnen und direkte Ansprache - Stammtisch besuchen.
- KritikerInnen einbinden, Vorteile und Möglichkeiten kommunizieren.

Online-Kommunikation

- Information über Social Media muss gut dosiert erfolgen; Facebook am besten für konkrete Informationen über umgesetzte Hilfsaktionen nutzen.

Koordination

- Einrichtung einer eigenständigen Koordinationsstelle für Flüchtlingsfragen, die gut und aktiv vernetzt ist zu allen AkteurInnen in der Gemeinde und darüber hinaus.
- UnterstützerInnen und freiwillige Kräfte aus der eigenen Gemeinde finden und motivieren; Menschen in der Gemeinde identifizieren, die mit ähnlichen Herausforderungen bereits Erfahrung mitbringen und den Prozess begleiten können.
- Ehrenamtliche „Strukturen“ und Formen der Zusammenarbeit planen.
- Engagement würdigen; private Initiativen stärken.
- „Ehrenamtlichen-Budget“ einrichten, vom zuständigen Gemeindemitarbeiter verwaltet.
- Wunsch der BürgermeisterInnen nach einem Leitfaden für QuartiergeberInnen und AnwerberInnen plus einer Hotline.

Ein Motto, eine Inszenierung entwickeln

- Überkopfwegweiser: „Everybody is welcome“ – starkes Signal für ALLE
- Gemeinde-Manifest „Wir sind Asyl“
- Weihnachten ist eine gute Zeit, um das Thema in die Bevölkerung zu bringen.

Empfehlungen für verbesserte Kommunikation über die Gemeinde hinaus

Bund/Länder/Gemeinden

- Kommunikation zwischen dem Bund und der Gemeinde muss verbessert beziehungsweise beschleunigt werden.
- Ansprechperson für Gemeinden im Innenministerium etablieren: z.B. Hotline für Ehrenamtliche für spezifische Fragen. Sowohl BürgermeisterIn als auch engagierte BürgerInnen müssen wissen, wohin sie sich wenden können.

- Es braucht gemeinsam entwickelte, rechtsverbindliche Vereinbarungen, um die Rechtssicherheit in den Gemeinden sicher zu stellen.
- Es ist wichtig die Gemeinden im Vorfeld möglichst rasch und umfassend zu informieren (Wer kommt? Welche Nationalitäten sollen im Quartier untergebracht werden?)

Austausch der Gemeinden untereinander

- Netzwerk der Gemeinden aufbauen: Austausch zu rechtlichen Fragen, gemeinsame Lösungssuche; zu Best-Practice-Beispielen, Erfahrungen – aus Fehlern lernen.
- Austausch von Erfahrungen hinsichtlich des Zusammenlebens verschiedener Asylwerber-Nationalitäten der Gemeinden ist hilfreich: zum Beispiel zu Erfahrungen, welche Nationen gut „miteinander können“ und wo erfahrungsgemäß Konflikte auftreten können.

6. Beim Ankommen & Sich-Einfinden unterstützen

Begrüßung und Ankommen

- Am besten, die/der BürgermeisterIn begrüßt persönlich.
- „Come Together Festival“ – die Bevölkerung wird zum Fest ins Flüchtlingsquartier eingeladen, AsylwerberInnen kochen verschiedene Speisen etc.
- Besuche sind wichtig, gerade am Anfang (Achtung auf Ruhebedürfnis!)
- Wichtig für die ersten 14 Tage nach der Ankunft: Flüchtlinge brauchen Schlaf und Erholung, bevor sie Kraft für Aktivitäten haben.
- Asylsuchende sind sehr gastfreundlich – es wird für Gäste immer aufgekocht.
- Den Asylsuchenden als Menschen ein Gesicht geben, indem man ihre Geschichten erzählt/sie ihre Geschichten erzählen lässt und damit die Distanz zur Bevölkerung verringert.
- Anlässe organisieren bei denen die Flüchtlinge der Gemeinde vorgestellt wurden bzw. sie sich selber vorstellen: Zum Beispiel in Kooperation mit der Pfarre – im Sonntagsgottesdienst erzählen Flüchtlinge ihre Geschichten, oder Gemeindeveranstaltungen, bei denen die Flüchtlinge syrische/irakische etc. Spezialitäten auftischen; in der Schule mit den Kindern etc.
- Sorgen der Zivilbevölkerung ernst nehmen und ansprechen. Wenn Asylsuchende die Möglichkeit erhalten, ihr Schicksal zu schildern, kann sich das Verständnis und die Empathie in der Bevölkerung erhöhen.

Für passende Unterbringung sorgen

- Kleine Einheiten „funktionieren“ besser, weil Ghettos vermieden werden und der Kontakt zu NachbarInnen leichter herstellbar ist. → Aufruf in Gemeindezeitung für private Unterkünfte

- Größere Einheiten mit einer Größe von maximal 100 – 150 Personen; keine Containerstädte, die danach Restmüll sind.
- Leer stehende gemeindeeigene Gebäude, leerstehende Bahnhöfe, Industriegebäude, kirchliche Einrichtungen, leerstehende Pfarrhöfe, Gasthöfe etc.
- (Bau-)Rechtliche Bestimmungen müssen eingehalten werden.
- Zur Finanzierung von Mieten privater Wohnquartiere: „Mikrospenden“: Dabei sagen mehrere Menschen monatliche kleine und Kleinstspenden für einen gewissen Zeitraum zu und richten einen Dauerauftrag ein. Weitere Möglichkeit: Crowdfunding über bekannte Plattformen wie zum Beispiel <http://www.respekt.net/>

In das Alltagsleben einführen

Den Neuankömmlingen Orientierung und Einführung zu geben in den Alltag und die kulturellen „Do’s and Don’ts“ ist Bestandteil der Willkommenskultur, hilft Konflikte vermeiden und ist eine weitere Möglichkeit, Flüchtlinge mit Einheimischen zusammenzubringen (Achtung: Sprachbarriere, DolmetscherInnen oder Sprachkundige einschalten).

- „Stadtführung“ – Was ist wo? Wird die Führung durch den/die BürgermeisterIn selbst gemacht, ist das ein wichtiges Signal an die Einheimischen.
 - Den lokalen Lebensalltag bzw. die verschiedene Abläufe in der Gemeinde näherbringen: Mülltrennsystem, Feueralarm, Rettung, ärztliche Versorgung etc.
 - Öffentliches Verkehrssystem, Ticket-Verkauf, Straßenverkehrsordnung
 - Soziokulturelle Normen und Werte, Umgangsformen, Bräuche, Stellung der Frau in der Gesellschaft etc.

Sport und Unterhaltung

Durch gemeinsames Feiern & Essen kommen Menschen zusammen und auch gemeinsamer Sport verbindet: Einbindung in Sportclubs und Vereine, Zugang zu Turnhalle/Sportplatz ermöglichen.

Schule

Die Schule ist für Kinder integrationsfördernd, umso mehr, je besser die Schulsituation gestaltet wird und die LehrerInnen aktiv mithelfen.

- Eine Gemeinde hat gute Erfahrungen damit, die Neuzugänge auf max. 2 Kinder pro Klasse aufzuteilen, um die Integrationschancen zu verbessern.
- Kontakte der Kinder und Eltern untereinander bewusst gestalten.

Mobilität

- Unterstützung für notwendige Transporte /Fahrten bereitstellen.
- Bewegungsfreiheit erhöhen, zum Beispiel Fahrräder zur Verfügung stellen → Verkehrsregeln erläutern.
- Gemeinde finanziert zwei Monatskarten in die Landeshauptstadt, deren Nutzung von den Flüchtlingen im Haus selbstverwaltet koordiniert wird. Für jede Fahrt zahlen die NutzerInnen 1,- EUR zurück ins Gemeindebudget.

Internet, TV und Computer

- TV, Computer und Internet sind wichtig, um mit „Daheim“ in Kontakt zu bleiben und durch Nachrichten auf dem neuesten Stand zu sein.
- Für Geräte bei Unternehmen um Spenden anfragen.

Spracherwerb und Unterricht

- Deutschkurse durch qualifiziertes Personal sind ein ganz wesentliches Angebot.
In einer Gemeinde wird z.B. fünf Mal pro Woche von einem Pool bestehend aus mehreren pensionierten Mittelschul-/GymnasiallehrerInnen abwechselnd Deutschunterricht gegeben.
- Freiwillige zur Vertiefung bzw. für Konversation; Deutsch-Lernen beim gemeinsamen Tun wie Gärtnern, Kochen etc.

Psycho-Soziale Versorgung

- Vereine auf Länderebene (z.B. ZEBRA – Steiermark, Ankyra – Tirol)
- NIPE - Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung – ist eine Kooperation von allen psychosozialen Vereinen auf Bundesebene (wie zum Beispiel Ankyra, ZEBRA etc.) und dient als zentrale Anlaufstelle für psychosoziale Fragen <http://nipe.or.at/>
 - Traumaaufarbeitung mit Körperarbeit “Trauma Release Exercise” –
Experte: Manfred Dieser
 - Weitere Adressen im Anhang.

Gemeinsame Aktivitäten

- Tagesstruktur für die Flüchtlinge schaffen – Beispiel: "Klosterneuburg hilft"
www.klosterneuburghilft.at
- Themengruppen für Flüchtlinge einrichten (Deutsch, Sport, Kochen etc.) und Freiwillige als KoordinatorInnen jeder Gruppe einsetzen plus Verantwortliche bei den Asylwerbern.
- ZEBRA organisiert und koordiniert Projekte, z.B. Wandergruppe.
- Beispiel Alberschwende: Die Flüchtlinge koordinieren selbst ein Projekt und haben damit eine Aufgabe (z.B. Freizeit, Unternehmungen, Feste etc.), sind gemeinnützig beschäftigt. Das führt zu mehr Eigenverantwortung und dem Gefühl, selbst etwas bewirken und verändern zu können.

7. Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen

Für Asylwerber ist das Warten und Nichtstun-Können extrem belastend und bedrückend. Freizeitaktivitäten sind eine willkommene Ablenkung, aber erst durch Beschäftigung entsteht einerseits ein Gefühl des Gebraucht-Werdens und des Nützlich-Seins, andererseits fördert es neben dem Selbstwert die Sprachkenntnisse, die Integration, und die Möglichkeit, für den eigenen Unterhalt zu sorgen.

Rechtlicher Status quo

- **Beschäftigungsverbot:** Während der Bearbeitung des Asylantrags dürfen AsylwerberInnen keiner Beschäftigung nachgehen. Ausnahmen sind: Saisonarbeit, gemeinnützige Tätigkeiten, selbständige Erwerbsarbeit.
- **Gemeinnützige Arbeit:** In der Praxis heißt das, Asylsuchende können vorwiegend gemeinnützige Arbeiten annehmen, denn dafür brauchen sie keine Arbeitsbewilligung. Dazu zählen zum Beispiel die Instandhaltung öffentlicher Gebäude oder die Pflege von Grünanlagen. Für diese Tätigkeiten bekommen Asylsuchende einen so genannten Anerkennungsbeitrag von wenigen Euro pro Stunde.
- **Freier Zugang zum Arbeitsmarkt:** Nach positivem Abschluss des Asylverfahrens ist ein freier Zugang zum Arbeitsmarkt gegeben. Die größte Herausforderung hier bildet die Sprache. Ohne gute Deutschkenntnisse haben die Menschen kaum Möglichkeiten, eine Beschäftigung zu finden.
- Für **minderjährige Asylsuchende**, die bisher keine Lehre absolvieren durften, wurde vor einiger Zeit der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert. Sie dürfen nun mit gewissen Einschränkungen eine Lehre absolvieren.

Lockerung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes wünschenswert

- Da die Asylverfahren mitunter Jahre dauern, wäre es sinnvoll das „Ausländerbeschäftigungsgesetzes“ für Asylsuchende zu lockern bzw. anzupassen. Dann wäre die Annahme eines regulären Beschäftigungsverhältnisses möglich (wie etwa in Schweden) und die eigene Existenzsicherung könnte selbst gewährleistet werden.

Beschäftigungsmöglichkeiten

- Erntehelfer (Beschäftigungsbewilligung erforderlich)
- Saisonarbeiter im Bereich Gastronomie oder Landwirtschaft – hier ist Anstellung möglich (Beschäftigungsbewilligung erforderlich)
- Gemeinnützige Hilfstätigkeiten für Bund, Land oder Gemeinde: Unfallversicherung ist nötig, Anerkennungsbeitrag meist zwischen 5-10 Euro pro Stunde (keine Beschäftigungsbewilligung erforderlich)
- Ehrenamtliche Mitarbeit in Vereinen.

Good Practice

- Entlohnungs-Good Practice in Graz It. Bürgermeister Siegfried Nagl: Remuneration: 3 bis 5 EUR/Std., max. 110,- pro Monat
- Verein Conclusio /SPES Zukunftsakademie in OÖ: Ein Modell gemeinnützige Arbeit für Flüchtlinge zu schaffen in Kombination mit einer Zeitbank (Kontakt: Johannes Brandl, SPES Zukunftsakademie)

8. Für ausreichende finanzielle Unterstützung sorgen

Gemeindebudget und Spenden

- Budget für Ausgaben vorsehen, aber idealerweise aus „Spendenbudget“ decken, nicht aus dem ordentlichen Haushalt.
- Ehrenamtlichen-Budget einrichten (von der Gemeinde verwaltet).
- Es gibt eine riesige Spenden- und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung: Zentrale Spenden- und Unterstützungskoordination einrichten. Diese Koordination kann der Bürgermeister nicht „nebenbei“ machen!
- MitarbeiterInnen der Gemeindeverwaltung müssen Information weitergeben können (insbesondere Empfang/die Telefonvermittlung, Sekretariate etc. im Rathaus), wo Sachspenden abgegeben, wo Geldspenden eingezahlt/abgegeben werden können und wo darüber informiert wird, welche Sachspenden benötigt werden.
- Gemeindeevents, –feste und Konzerte für Spendenaufrufe nutzen
- Logo aller Parteien mit der Bitte um Sachspenden und um finanzielle Unterstützung.
- Waren- Dienstleistungsgutscheine für Flüchtlinge (Spenden von Unternehmen oder städtischen Unternehmen) zu Weihnachten.
- Finanzielle Unterstützung auch für private zivilgesellschaftliche Initiativen (zum Beispiel um den Spracherwerb zu unterstützen).
- NGOs rechtzeitig ausreichend finanziell unterstützen, und zwar vorab und nicht erst am Tag des Einzugs der Flüchtlinge, weil Kosten schon vorher entstehen.
- Von der Gemeindeebene aus gemeinsam mit Betreuungseinrichtungen mehr Geld für Betreuung fordern.
- Auf Landesebene um Subventionen für einzelne Vorhaben ansuchen.

9. Mit Problemen und Konflikten konstruktiv umgehen

Vorbeugung

Realistischerweise ist zu sagen: Ohne Konflikte wird es nicht gehen. Aber durch eine gute Vorbereitung und umsichtigen Umgang mit aufkommenden Spannungen und die Schaffung von guten Rahmenbedingungen und Strukturen, können Konfliktpotentiale minimiert werden.

- Durch Unterbringung der Flüchtlinge in kleinen Einheiten werden „Ghettos“ vermieden, mehrt Kontakt mit der Bevölkerung und erleichtert die Integration.
- Berücksichtigung kultureller Aspekte bei der Aufteilung der Flüchtlinge: Flüchtlinge aus möglicherweise kriegsführenden Staaten oder Gruppen trennen, auch unterschiedliche Religionen können zu Problemen führen. Informationen einholen bei zum Beispiel KOMPA/Caritas etc.
- Erfahrungen aus Gemeinden:
 - i. Sichtschutz um Container, damit die Nachbarn nicht gestört sind.

- ii. Bei Angriffen im Ort: Jede Nacht schläft eine andere Person aus dem Dorf bei den Flüchtlingen im Haus.
- iii. Telefonkette einrichten zur Abschiebungsprävention.

Umgang mit Konflikten & Problemen

- Konflikte OFFEN besprechen; bei Problemen sofort mit der Bevölkerung reden, rasch informieren und Klarheit schaffen.
- Für Probleme im Zusammenleben unter den Flüchtlingsgruppen oder auch mit der einheimischen Bevölkerung ist es sinnvoll, Ansprechpersonen in den jeweiligen Gruppierungen vorsehen, die im Konfliktfall als Vermittler eingesetzt werden können.
- Mit „Fingerspitzengefühl“ vorgehen: Beispiel aus einer Gemeinde: im Falle einer Polizeibescherde wegen Lärmbelästigung, fährt nicht das Polizeiauto vor dem Haus vor, sondern es wird über den Kontakt zur Quartierswirtin im Haus zu lösen versucht.

Umgang mit Ängsten/Widerstand in der Bevölkerung

- Gemeinsame Aktionen organisieren und Raum für Begegnungen schaffen: z.B. gemeinsam kochen, gemeinsam wandern, musizieren oder auch einen Stammtisch einrichten, um zu zeigen, dass Asylsuchende ein Gesicht und eine Geschichte haben.
- Vorstellen der Flüchtlinge in der Gemeinde; Einheimische und Flüchtlinge zusammenbringen, z.B. Einheimische und AsylwerberInnen mit ähnlichen Bedürfnissen (Studierende, Senioren, Mütter, Kinder und Jugendliche).

10. Langfristige Perspektive: Was braucht es, damit Integration gelingt?

Die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ist nicht nur eine kommunale oder nationale, sie ist eine europäische Aufgabe. Was braucht es auf den unterschiedlichen Ebenen, damit sie gelingt?

- Wichtig ist eine langfristige Strategie nach dem positiven Bescheid und der Anerkennung als Flüchtling.
- Unterstützung bei Arbeits- und Wohnungssuche.
- Wohnungskautio als Hürde – zinslose Darlehen.
- Gratisangebot von Schule, Hort und Kindergarten.
- Patenschaft für AsylwerberInnen durch GemeindebürgerInnen.

Zusammenspiel der verschiedenen politischen & administrativen Ebenen

- EINE gemeinsame klare Strategie (Bund – Länder – Bezirk – Gemeinde) und einen Ausbau der regionale Zusammenarbeit und Kooperation über Partei-, Gemeinde-, Landes- Grenzen hinaus – “Schnittstellen sollen zu Nahtstellen werden!”
- Logistische Unterstützung: Koordination & Vernetzung (zum Beispiel Hilfsgüter).
- Bevölkerung durch Medien/Politik/etc. vorbereiten, dass sich Gesellschaft verändern wird - viele AsylwerberInnen werden hier eine neue Heimat finden
- Transparenz durch ehrliche Diskussionen.

- Mehr Verlässlichkeit aller Partner (speziell Bund und Länder); Rechtzeitige Information & Vernetzung; Verlässliche Information zur Personenzahl und organisatorischen Abläufen
- Tragfähige Struktur & Koordination für Ehrenamt & Flüchtlinge einrichten
- Keine Massenquartiere - Unterbringung in überschaubaren Einheiten fördert Integration

Einen passenden rechtlichen Rahmen

EU

- Scheitern der Dublin III-Verordnung: Bedarf nach einer neuen europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik, die auch die Bevölkerung mitträgt.

Österreich

- Ausländerbeschäftigungsgesetz sollte für Asylsuchende gelockert werden bzw. angepasst werden.
- Beschäftigungsmöglichkeiten für AsylwerberInnen ausweiten
- Unbürokratisch Beschäftigung der Flüchtlinge ermöglichen
- Reduktion/Flexibilität des sozialrechtlichen Rahmens (z.B.: Baurechtliche Bestimmungen für Asylunterkünfte in allen Bundesländern der Situation anpassen - siehe OÖ)
- Abbau der Bürokratie.

Angemessene Finanzierung

- Finanzierung für die neuen Aufgaben/für zusätzliches Personal sichern
- sozialer Ausgleich
- Ausbildung
- Infrastruktur

Dabei unterstützt und nützt Vernetzung

- Austausch & Solidarität unter den BürgermeisterInnen.
- Zusammenschluss und Erfahrungsaustausch mit anderen Gemeinden; „Flüchtlingsgipfel“ mit anderen BürgermeisterInnen.
- Positive Beispiele kommunizieren um anderen BürgermeisterInnen und Gemeinden zu zeigen: „Es geht!“
- Weitere Vernetzungstreffen für BürgermeisterInnen wären sinnvoll → Netzwerk Gemeindezusammenarbeit → Partnergemeinden installieren.
- Erfahrene Gemeinden anfragen; auch Vernetzung mit deutschen Partnerstädten kann wichtige Erfahrungen bringen und neue Ansätze im Aufnahme- und Integrationsprozess vermitteln.
- Mitglieder der Flüchtlingsinitiative sprechen auf Einladung in anderen Gemeinden und bauen so Ängste und Vorurteile ab.

B. GESPRÄCHSRUNDEN MIT EXPERTINNEN

Das Thema Asyl und Flüchtlingsaufnahme sorgt in Gemeinden für Verunsicherung, die oft aus Unwissenheit erwächst und stellt alle Beteiligten vor Herausforderungen. Wichtiger Teil des Vernetzungstreffens waren neun thematische Runden mit verschiedenen ExpertInnen.

Wer gilt überhaupt als Flüchtling? Was unterscheidet Flüchtlinge von MigrantInnen und welche rechtlichen Folgen gehen mit einem Asylverfahren einher? Der erste Themenkreis befasste sich mit den rechtlichen Grundlagen von Asyl und Flüchtlingsunterbringung und gab Einblick in eine Vielzahl von Begriffen, Verfahren sowie damit einhergehenden Folgen.

Die zweite Themeninsel widmete sich den AkteurInnen aus Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit. Wie kann die Bevölkerung in die Betreuungsarbeit eingebunden werden? Welche Rolle kommt dabei den Gemeinden zu? Und wie könnten Projekte finanziert und eine effektive und nachhaltige Koordination der Freiwilligenarbeit gestaltet werden?

Krieg und Flucht können psycho-soziale Probleme auslösen, die es den Ankommenden zusätzlich erschweren, sich zu integrieren. Wie soll mit traumatisierten Flüchtlingen umgegangen werden? Welche Anlauf- und Beratungsstellen gibt es? Welche Möglichkeiten gibt es zur positiven Erinnerung an die langen Wartezeiten auf einen Asylbescheid? Neben den Flüchtlingen stehen auch die Helfer unter einer enormen psychischen Belastung.

Welche Ressourcen, Chancen und Potentiale bringen die Neuankömmlinge mit? In der vierten Themeninsel wurden zahlreiche Aspekte diskutiert, welche die Ressourcen der freiwilligen HelferInnen, der Flüchtlinge sowie der Gemeinde betreffen.

Zum Thema „Fluchtgründe und Situation in den Herkunftsländern“ sprach ein afghanischer Flüchtling über seine persönlichen Erfahrungen auf seiner Reise nach Europa sowie über die Bedingungen und Erlebnisse als Ankommender in Österreich. Ergänzt wurde der Bericht durch Beschreibung der aktuellen Situation in einigen afrikanischen Staaten und anderen Ländern mit kriegerischen Auseinandersetzungen.

Ein wesentlicher Aspekt, der auf die Integrationsfähigkeit von AsylwerberInnen Einfluss nehmen kann, ist die Art und Weise der Unterbringung. Nur mit Hilfe eines nachhaltig integrativen Konzepts zur Erfüllung der Wohnbedürfnisse von Flüchtlingen, ist es möglich zentrale soziale Fragestellungen anzugehen. Welche Rolle dabei den behördlichen Auflagen zukommt, vor welchen Herausforderungen BürgermeisterInnen und die Gemeinden stehen und welchen zentralen Punkten in diesem Bereich Achtung geschenkt werden muss, sind nur ein paar der diskutierten Gesichtspunkte des Expertenkreises „Asylquartiere und Unterbringung“.

Immer häufiger bekommen Flüchtlinge und AsylwerberInnen Unterkunft bei Privatpersonen. Der Austausch zwischen der Bevölkerung und den Neuankömmlingen, der dadurch möglich ist, fördert die Integration im Aufnahmeland. Im Themenkreis sieben wurde das Projekt „Flüchtlinge Willkommen Österreich“ vorgestellt, welches eine Vermittlerrolle zwischen Wohngemeinschaften und Flüchtlingen einnimmt und Fragen beantwortet, die für die Thematik zentral sind: finanzielle Aspekte, Ängste, Rahmenbedingungen.

Der Bürgermeister von Traiskirchen, Andreas Babler, gab im achten Themenkreis Einblicke in positive Ansätze zur Integration. Was muss berücksichtigt werden, damit sich Flüchtlinge willkommen fühlen?

Wie kann die Einbindung der Neuankömmlinge in der Gemeinde gestaltet werden? Welche Finanzierungsmöglichkeiten gibt es?

Der letzte Expertenkreis fand mit Österreichs Asylkoordinator statt und versuchte eine Brücke zwischen allen wichtigen Facetten im Zusammenhang mit dem Thema Flüchtlinge und AsylwerberInnen zu schlagen. Angesprochen wurden Bereiche wie Wohnen, Arbeiten und Integration. Im Zentrum stand die notwendige Kooperation aller Akteure bei der Flüchtlingsfrage.

Im Folgenden werden die diskutierten Themen in den neun Gesprächsrunden mit ExpertInnen zusammengefasst wiedergegeben.

1. Asylprozess – rechtliche Informationen

Experte: Georg Bürstmayr, Rechtsanwalt

Der Fokus der Gesprächsrunde lag darauf, Grundbegriffe und Kategorien zu klären sowie einen Überblick über die Richtlinien für Asylverfahren zu gewinnen.

Basiswissen zu Asyl und Asylverfahren in Österreich

Es gibt eine Vielzahl an Ausdrücken für Menschen, die nach Österreich kommen: Ausländer, Zuwanderer, MigrantInnen, Asylwerber, Flüchtlinge. Was welcher Begriff genau bedeutet und wie sie sich unterscheiden ist oft unklar und auch die Grundbegriffe der österreichischen Rechtsordnung zu Menschen, die Schutz brauchen („Flüchtlinge“) sind wenig bekannt.

Die meisten Drittstaats-Angehörigen (das sind Nicht-Österreicher, die auch keinem anderen EU-Staat angehören) brauchen entweder ein Visum, um für kurze Zeit nach Österreich einzureisen oder aber einen sogenannten Aufenthaltstitel, um sich längere Zeit in Österreich oder der EU aufhalten zu dürfen.

Flüchtlinge sind Menschen (in aller Regel Drittstaatsangehörige), die vor individueller Verfolgung oder vor Krieg, Vertreibung, Hunger etc. geflohen sind.

Wenn sie Schutz vor individueller Verfolgung aus ganz bestimmten Gründen (wegen ihrer Religion, Ethnie, politischen Überzeugung oder ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten „sozialen Gruppe“) brauchen, sind sie Flüchtlinge nach der Genfer Konvention / GFK („Konventionsflüchtlinge“). Als solche erhalten sie Asyl (s. u.) und einen „Konventionsreisepass“ (auch genannt „Flüchtlingspass“).

Andere, wie z.B. Kriegsflüchtlinge werden nicht individuell aus bestimmten Gründen verfolgt, können aber trotzdem nicht mehr in ihre Heimat zurückgeschickt werden, weil ihnen dort unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder der Tod droht. Diese Menschen erhalten auf unbestimmte Zeit „subsidiären Schutz“. Sie erhalten eine „graue Karte“ und haben das Recht auf einen Fremdenpass.

Beide Arten von Schutz (das Gesetz spricht jeweils von „Status“) werden nicht auf immer gewährt, sondern an sich nur, bis die Gefahr vorüber oder der kriegsgerische Konflikt beendet ist und die Umstände ein menschenwürdiges Leben im Herkunftsland wieder zulassen.

Wenn der Status „subsidiärer Schutz“ und „Asyl“ zuerkannt wird, gilt das nur national und nicht europaweit. Dieser Status kann auch wieder aberkannt werden, wenn die Voraussetzungen für die Schutzgewährung weggefallen sind (s.o.).

Wenn ein Flüchtender in Österreich einen Asylantrag stellt, wird er – solange sein Asylverfahren läuft – zum Asylwerber. Zunächst prüft Österreich, ob sein Antrag überhaupt zugelassen wird oder ob nach den Regeln der „Dublin-III-Verordnung“ (das ist eine Rechtsvorschrift der EU) nicht ein anderer Staat für die Prüfung des Asylantrages zuständig wäre (in diesem Fall ist vorgesehen, den Asylwerber in diesen anderen EU-Staat zurückzuschicken).

Kommt der Asylwerber direkt aus seinem Heimatstaat (oder kann nicht festgestellt werden, über welchen anderen EU-Staat er nach Österreich gekommen ist), ist Österreich für sein Verfahren zuständig, sein Verfahren wird „zugelassen“ (er erhält dann eine „weiße Karte“). Ab diesem Zeitpunkt sollte er in die Grundversorgung (die beinhaltet Unterbringung, Verpflegung, medizinische Versorgung und ein kleines Taschengeld) eines Bundeslandes kommen, bis über seinen Asylantrag entschieden wird.

Wird bei der folgenden Prüfung des Antrags festgestellt, dass im Herkunftsland tatsächlich Verfolgung (aus den oben genannten Gründen) oder eine reale Gefahr für Leib und Leben droht, wird dem oder der Asylsuchenden – in der Form von subsidiärem Schutz oder Asyl – Schutz gewährt.

Beide Formen dieses Schutzes beinhalten:

- das Recht auf Aufenthalt in Österreich
- freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt
- Zugang zu Sozialleistungen und
- einen Reisepass (Flüchtlingspass oder Fremdenpass, beide weltweit gültig, ausgenommen das Herkunftsland).

Geprüft werden all diese Anträge vom „Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl – BFA“, über Beschwerden gegen dessen Bescheide entscheidet das Bundesverwaltungsgericht.

Dieses Amt bzw. dieses Gericht entscheidet auch über die Frage des sogenannten „Bleiberechts“. Dieser Begriff kommt in der Rechtsordnung eigentlich nicht vor, er ist in der politischen Diskussion entstanden und steht für den Anspruch von Asylwerbern (oder auch subsidiär Schutzberechtigten oder anerkannten Flüchtlingen im Sinn der GFK), nach langjährigem Aufenthalt in Österreich nicht mehr „nach Hause“ geschickt zu werden, wenn / weil sie sich in Österreich integriert haben.

Wem z.B. der Status des Asyls oder des subsidiären Schutzes nach mehr als fünf Jahren wieder aberkannt wurde, weil es im Heimatland eine nachhaltige Veränderung zum Besseren gegeben hat, oder wer zu lange (in der Praxis ca. sieben Jahre und mehr) auf seine Entscheidung hat warten müssen, der kann dieses „Bleiberecht“ erhalten, wenn er

- Deutsch gelernt und / oder
- einen Arbeitsplatz gefunden hat und / oder
- sich sonst nachhaltig in Österreichs Gesellschaft integriert hat.

Menschen, denen ein „Status“ gewährt wurde, können ihre engsten Angehörigen (Ehegatten oder minderjährige Kinder bzw. Eltern von minderjährigen Kindern mit Status in Österreich) nach Österreich nachholen („Familiennachzug“).

Für Asylwerber gilt in Österreich während des gesamten Verfahrens ein weitgehendes Beschäftigungsverbot. Nur in wenigen Bereichen (Saisonarbeit / gemeinnützige Tätigkeit) ist Beschäftigung möglich. Selbstständige Erwerbstätigkeit ist AsylwerberInnen aber (nach einer ersten Wartephase) erlaubt.

MigrantInnen

Flüchtlinge und MigrantInnen unterscheiden sich dadurch, dass MigrantInnen in ihrem Herkunftsland nicht von Krieg und Verfolgung bedroht sind und sie gefahrlos in ihre ehemalige Heimat zurückkehren können. Viele Migranten kommen zu uns, um ihre persönlichen Lebensbedingungen zu verbessern, um zu arbeiten oder aus familiären Gründen. Nicht wenige haben ihre Heimat aber wegen extremer Armut und existenzieller Not verlassen.

Ausblick

Der Großteil der AsylwerberInnen in Österreich kommt aktuell aus drei Staaten (Syrien, Afghanistan, Irak), in die voraussichtlich auf Jahre hinaus eine Rückkehr nicht möglich sein wird. Daher ist damit zu rechnen, dass deutlich mehr Asylwerber als sonst (aktuelle Schätzungen per September 2015 sprechen von über 50 %) Schutz erhalten und dauerhaft in Österreich bleiben. Menschen mit Status haben zwar freien Zugang zum Arbeitsmarkt, aber in aller Regel fällt es ihnen schwer, Arbeit zu finden bevor sie Deutsch gelernt haben. Daher ist damit zu rechnen, dass vielen für einen Übergangszeitraum von einigen Jahren die Grundsicherung zuerkannt wird.

Weiterführende Informationen:

<http://www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/fluechtlingsland-oesterreich/questions-and-answers/asylsuchende-in-oesterreich.html>

Asylverfahren – Übersichtsgrafik:

<http://umf.asyl.at/files/asylgrafik2014.pdf>

Diskussion

Europäische Asyl- und Einwanderungspolitik

Das „Dublin-Gesetz“ ist gescheitert. Es belastet die Randstaaten der EU über die Maßen und verteilt die Flüchtlinge nicht, von dort auf andere EU-Länder (besonders die Visegrad-Staaten – Ungarn, Tschechien, Slowakei und Polen – lehnen derzeit (Stand September 2015) eine Quotenregelung entschieden ab). Mittelfristig braucht es eine ganz neue europäische Asyl- und Einwanderungspolitik, die von führenden Mitgliedsstaaten (aber auch von ihren Bürgerinnen und Bürgern) eingefordert werden muss.

Überlastetes österreichisches Asylsystem

Wir haben in Österreich ein Asylsystem, das auf ca. 15.000 Asylsuchende pro Jahr ausgelegt ist. Derzeit haben wir etwa vier Mal so viele Asylwerber. Das (über)fordert die Behörden derzeit und bis auf weiteres, belastet die Gemeinden und erschwert die Lebensbedingungen der Asylsuchenden. Die Bundesregierung könnte – wie in Zeiten des Bosnienkriegs – ein allgemeines Anerkennungsgesetz beschließen, das tausende Verfahren auf einen Schlag obsolet machen würde und das Asylsystem entlastet (vor allem für AsylwerberInnen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak).

Asylsuchende und Beschäftigung

Asylsuchende können nur gemeinnützige Arbeiten annehmen, weil sie dafür keine Arbeitsbewilligung benötigen. Dazu zählen zum Beispiel die Instandhaltung öffentlicher Gebäude oder die Pflege von

Grünanlagen. Für diese Tätigkeiten bekommen Asylsuchende einen so genannten Anerkennungsbeitrag von wenigen Euro pro Stunde, finanziell können sich Asylsuchende dadurch nicht absichern. Nach positivem Abschluss des Asylverfahrens ist ein freier Zugang zum Arbeitsmarkt gegeben. Für minderjährige Asylsuchende, die bisher keine Lehre absolvieren durften, wurde vor einiger Zeit der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert. Sie dürfen nun mit gewissen Einschränkungen eine Lehre absolvieren.

Da die Asylverfahren mitunter Jahre dauern, wäre es sinnvoll das „Ausländerbeschäftigungsgesetzes“ für Asylsuchende zu lockern bzw. anzupassen. Dann wäre die Annahme eines regulären Beschäftigungsverhältnisses möglich und die eigene Existenzsicherung könnte selbst gewährleistet werden.

Spracherwerb und Integration

Deutsch-Kenntnisse sind ganz zentral für die Einsetzbarkeit am Arbeitsmarkt, in der Schule und bei der Integration im Zielland, deshalb sollten alle Anstrengungen unternommen werden, den Spracherwerb zu unterstützen (inklusive finanzielle Unterstützung privater zivilgesellschaftlicher Initiativen). Das erleichtert auch enorm das Zusammenleben in den Gemeinden.

Netzwerk der BürgermeisterInnen – Rechtssicherheit

Mutige Bürgermeister/Innen und integrationsfreundliche Gemeinden bewegen sich mitunter in rechtlichen Graubereichen, und werden u.U. verantwortlich gemacht, „wenn etwas passiert“ (aktuell – September 2015 – herrscht allerdings so viel Rechtsunsicherheit, dass Bürgermeistern wohl kaum ein Vorwurf daraus gemacht werden wird, wenn sie im Einzelfall einmal rechtlich daneben liegen). Bei strikter Einhaltung aller gesetzlichen Vorschriften nach Punkt und Beistrich ist andererseits der Spielraum für eine menschliche und vernünftige Praxis, die Flüchtlingen ein besseres Leben und Zusammenleben ermöglichen würden, stark eingeschränkt. Wichtig ist daher eine gute (unabhängige) Rechtsberatung und Unterstützung in einem Netzwerk der Bürgermeister bzw. auf der föderalen Gemeinde-Ebene. Große NGOs (zB Caritas, Diakonie, Volkshilfe) können dazu ebenso beitragen wie spezialisierte Rechtsanwälte (siehe zB.:[\Users\Jo\Dropbox\DOKU_BM-Treffen\http://www.asylanwalt.at/](http://www.asylanwalt.at/)).

Werden letztere von mehreren Gemeinden zusammen engagiert, halten sich die Kosten auch in durchaus vertretbaren Grenzen. Manchmal ist es zwar kompliziert, im Rahmen der Gesetze zu guten und menschlichen Lösungen zu gelangen – mit guter Beratung findet sich aber fast immer ein Weg.

2. Einbindung Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit

ExpertInnen: Mary Kreutzer, Alicia Allgäuer, KOMPA/Caritas; Christine Eder-Haslehner, Flüchtlingsheim St. Gertraudi

Empfehlungen der ExpertInnen:

- Kommunikation sollte zentral über eine Person koordiniert werden, am Besten entweder über eine Hauptamtliche (d.h. MitarbeiterIn einer NGO, wenn vorhanden) oder über die Gemeinde.

- Themengruppen einrichten (Deutsch, Sport, Kochen etc.) und Freiwillige als KoordinatorInnen jeder Gruppe einsetzen.
- Die Gemeinde sollte ansprechbar sein, damit BürgerInnen die Sicherheit haben, mit ihren Anliegen gehört zu werden; Beispiel: Sprechstunde im Rathaus einrichten (1x pro Woche, wie in Klosterneuburg), ist ein positives Signal und hilft, egal wie viele Sprechstunden tatsächlich in Anspruch genommen werden.
- In Klosterneuburg (250 Flüchtlinge in einer Kaserne) haben sich Hauptamtliche (Caritas) eher im Hintergrund gehalten. Wichtig ist die Rolle als Vernetzerin, Koordinatorin sowie Ansprechpartnerin für rechtliche und andere Fragen zu Arbeit mit Flüchtlingen (Traumatisierung, Asylwesen, Rolle als Freiwillige/r etc.)

Wesentliche Erkenntnisse und Erfahrungen

Gemeinde

- Wichtiger Faktor: Die Gemeinde muss wirklich wollen!
- Enge Zusammenarbeit aller AkteurInnen in der Gemeinde wichtig
- Viele Gemeinden haben kein Gemeindebudget dafür, aber es gibt eine hohe Spendenbereitschaft (durch Unternehmen etc.) in der Zivilgesellschaft.
- Wissen in der Bevölkerung erhöhen: Text mit häufig gestellten Fragen (FAQ) erstellen
- Sprechstunde: es muss nicht der/die BürgermeisterIn sein - NGO oder FlüchtlingskoordinatorIn der Gemeinde
- Caritas: einmal pro Woche Sprechstunde für die Bevölkerung + Hotline

Freiwilligenengagement

- In den ersten 3 Monaten: Freiwillige bei ihrem Engagement unterstützen
- Freiwillige brauchen auch Pause, manchmal Supervision etc.
- Infoabende für die Freiwilligen, z.B. zu Deutschunterricht
- Vorarlberg/Volkshochschule: Unterstützung für ehrenamtliche DeutschlehrerInnen im "jour fixe" mit professionellen DeutschlehrerInnen

Ankunft der Flüchtlinge

- Wichtig für die ersten 14 Tage nach der Ankunft: Flüchtlinge brauchen Schlaf und Erholung, bevor sie Kraft für Aktivitäten haben.
- Tagesstruktur für die Flüchtlinge schaffen – Beispiel: "Klosterneuburg hilft"
<http://www.klosterneuburghilft.at/www.klosterneuburghilft.at>

Unterstützende Projekte – Konfliktschlichtung und Zusammenleben

- Vorbereitung für eine interkulturelle Konfliktmoderation sowie Beratung und Unterstützung durch: KOMPA: interkulturelles Mediationsprojekt der Caritas (z.B. in Klosterneuburg: <https://www.facebook.com/Projekt.KOMPA>.)
- ZusammenReden: Interkulturelles Dialogprojekt der Caritas in Gemeinden und an Schulen: <http://www.zusammenreden.net/>.
- "Klosterneuburg hilft" Webseite mit vielen Ressourcen: www.klosterneuburghilft.at.

Weitere Ideen und Empfehlungen:

- Partizipatives Governancemodell finden – Zusammenwirken der unterschiedlichen Ebenen und AkteurInnen in Politik und Zivilgesellschaft
- monatlichen "Ehrenabend" für ehrenamtliche Engagierte: vermittelt interkulturelle Kompetenzen, Abende zur Vernetzung und Ehrung bereits erfolgreicher Strategien und Personen
- Zugang zu Beschäftigung erleichtern

Wunsch der BürgermeisterInnen:

- Leitfaden für eine koordinierte Einbeziehung von Freiwilligen und NGOs – Strukturen, Koordination, Absicherung, Supervision etc.

Literatur

- Flüchtlingshilfe Baden-Württemberg: „Willkommen! Ein Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in Baden-Württemberg“ (online erhältlich: <http://www.fluechtlingshilfe-bw.de/praxistipps/handbuch/>), siehe auch Info- und Adressen im Anhang.

3. Psychosoziale Fragen

Expertin: Eva Eckhard, Verein ZEBRA

Was macht ZEBRA?

ZEBRA ist ein interkulturelles Beratungs- und Therapiezentrum, das eine Vielzahl an Angeboten für AsylwerberInnen, MigrantInnen und Flüchtlinge bietet. Das Angebot „Zusammenleben in Quartier und Gemeinde“ richtet sich an Gemeinden, die planen eine Unterkunft für AsylwerberInnen zu eröffnen oder bereits eine Unterkunft in der Gemeinde haben. ZEBRA berät diese Gemeinden, gibt Informationen rund um das Thema „Flucht und Asyl“, unterstützt bei der Abhaltung von Informationsveranstaltungen, begleitet und koordiniert ehrenamtliche Netzwerke und hilft bei der Umsetzung der „gemeinnützigen Beschäftigung“ von Flüchtlingen. Auch Traumatisierungen, die psychische Situation der AsylwerberInnen und die Möglichkeiten psychologische Betreuung in Anspruch zu nehmen, können in der Begleitung der Gemeinden eine wichtige Rolle einnehmen. ZEBRA bietet interkulturelle Psychotherapie, vermittelt Informationen über therapeutische Betreuung und verweist auf mögliche Schwierigkeiten, die im Laufe des Integrationsprozesses auch langfristig auf psycho-sozialer Ebene entstehen können. <http://www.zebra.or.at/cms/cms.php>

<http://www.zebra.or.at/cms/cms.php>

Grundsätzliches zu psycho-sozialen Fragen

Was ist ein Trauma?

Ein Trauma ist ein Ereignis, das außerhalb der üblichen menschlichen Erfahrung liegt und die Verarbeitungskapazitäten eines Menschen übersteigt. Daraus resultieren Gefühle von Angst, Hilflosigkeit und Ohnmacht. Auch auf den Körper haben traumatische Erlebnisse großen Einfluss. Betroffene Personen leiden häufig unter Schlafstörungen, Schmerzzuständen und einer Einschränkung der Kon-

zentrationen- und Merkfähigkeit. Traumatisierte Menschen erleben eine massive Erschütterung des Vertrauens. Daher brauchen betroffene Personen Unterstützung von anderen Menschen, um wieder ein Gefühl von Sicherheit, Schutz, Halt und Vertrauen aufbauen zu können.

- Über kurz oder lang wird die psychologische Betreuung in jeder Gemeinde ein Thema. Bei AsylwerberInnen ebenso, wie bei den HelferInnen, kann eine Notwendigkeit nach Hilfestellungen entstehen.
- Psychosoziale Versorgung von Flüchtlingen ist in der Grundversorgung nicht vorgesehen.
- Für Akutfälle: Asylwerbende sind krankenversichert, somit kann man für schnelle Soforthilfe ins Krankenhaus.
- Einhaltung klarer Strukturen schafft Sicherheit und Vertrauen (sowohl auf Seiten der Flüchtlinge als auch auf Seiten der BürgerInnen).
- Willkürliche Verteilung der AsylwerberInnen kann die Entstehung von Konflikten begünstigen. Eine sensiblere und bedürfnisorientierte Verteilung verhindert diese Konflikte.
- Sprachbarrieren mit Körpertherapien überwinden: Alternative Therapieansätze sind kulturübergreifend und auch bei großen Gruppen anwendbar.
- Viele Integrationsangebote können von Menschen mit unbehandelten Traumata nicht aufgenommen oder verarbeitet werden. Ein Mensch nach der Flucht und langem Warten auf den Asylbescheid, kann eventuell eine neue Sprache wegen psychischer Überlastung nicht so schnell erlernen, wie er oder sie es sich wünschen würde, da sich Traumatisierungen auch auf die Verarbeitung von neuen Informationen, im Besonderen auch auf die Merkfähigkeit auswirken.

Ehrenamtliche

- Auch Ehrenamtliche brauchen psychosoziale Unterstützung: sie werden oft durch Behördengänge und Bürokratie zermürbt und müde gemacht, hier sind Lösungen wichtig, denn diese Leute werden gebraucht!
- Ehrenamtliche werden sehr häufig auch mit Fragen und Anliegen konfrontiert, die ihre Kompetenzen übersteigen (z.B. rechtliche Fragen). Hier ist es wichtig, dass sie wissen, wohin sie sich wenden können. Auch Fragen zur psychischen Verfassung der AsylwerberInnen und Grundinformationen zu den Themen „Flucht und Traumatisierung“ wären für viele ehrenamtlich engagierte Personen wichtig.
- Im Austausch mit den AsylwerberInnen sind Ehrenamtliche auch mit den Gefühlen der AsylwerberInnen (wie Angst, Hilflosigkeit und Hoffnungslosigkeit) konfrontiert. Der Umgang mit diesen Gefühlen ist eine Aufgabe, der sich die ehrenamtlich Tätigen nicht alleine stellen sollten. Supervision ermöglichen.
- Austauschmöglichkeiten für Ehrenamtliche sind wichtig, um mit den Herausforderungen nicht allein zu sein (sowohl über positive Erfahrungen, als auch über den Umgang mit Problemen und Schwierigkeiten): Austauschgruppen etablieren.

Legale Beschäftigung von Asylwerbenden

- Erntehelfer (Beschäftigungsbewilligung erforderlich)
- Saisonarbeiter im Bereich Gastronomie oder Landwirtschaft – hier ist Anstellung möglich (Beschäftigungsbewilligung erforderlich)

- Gemeinnützige Beschäftigung (gemeinnützige Hilfstätigkeiten für Bund, Land oder Gemeinde, Unfallversicherung ist nötig, Anerkennungsbeitrag meist zwischen 5-10 Euro pro Stunde, keine Beschäftigungsbewilligung erforderlich)
- Ehrenamtliche Mitarbeit in Vereinen.

Anlaufstellen

- Vereine auf Länderebene (z.B. ZEBRA – Steiermark, Ankyra – Tirol)
- NIPE - Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung – ist eine Kooperation von allen psychosozialen Vereinen auf Bundesebene (wie zum Beispiel Ankyra, ZEBRA etc.) und dient als zentrale Anlaufstelle für psychosoziale Fragen <http://nipe.or.at/>

Ideen

- Bessere Verteilung der Flüchtlinge unter Berücksichtigung kultureller Aspekte, damit auf dieser Ebene Spannungen vorgebeugt wird
 - Ehrenamtliche Helfer, die “einfach da sind” (gemeinsam warten, gemeinsam die belastende Situation aushalten etc.)
 - Ansprechperson für Gemeinden im Innenministerium, z.B. Hotline für Ehrenamtliche für spezifische Fragen. Sowohl BürgermeisterIn als auch BürgerInnen müssen wissen, wohin sie sich wenden können! Vor allem Ehrenamtliche und Engagierte brauchen Ansprechpartner!
 - Was kann man gegen Ängste der Bevölkerung tun? Gemeinsame Aktionen organisieren und Raum für Begegnungen schaffen: z.B. gemeinsam kochen, gemeinsam wandern, musizieren oder auch einen Stammtisch einrichten, um zu zeigen, dass die “Fremden” auch nur Menschen sind - dadurch werden Ängste abgebaut, das Unbekannte wirkt zuerst bedrohlich, bei Begegnungen bekommt es ein Gesicht.
 - Beispiel Alberschwende: Die Flüchtlinge selbst koordinieren ein Projekt, um den anderen das Warten zu erleichtern und haben damit eine Aufgabe (z.B. Freizeit, Unternehmungen, Feste etc.), sie sind gemeinnützig beschäftigt führt zu mehr Eigenverantwortung und auch einem Gefühl selbst etwas bewirken und verändern zu können.
 - Gegen langes Warten: ZEBRA organisiert und koordiniert Projekte, z.B. Wandergruppe.
- Traumaaufarbeitung durch Körperarbeit “Trauma Release Exercise” – Experte: Manfred Deiser, gerne kontaktieren!

4. Ressourcen & Chancen

Experte: Michael Chalupka, Flüchtlingsdienst der Diakonie

Erkenntnisse

- (Hochqualifizierte) Zuwanderung unterstützt die Bevölkerungsstruktur ländlicher Gegenden nur kurz- bis mittelfristig. Langfristig konnte in der Vergangenheit festgestellt werden, dass nach erfolgtem Asylbescheid eine Abwanderung in Ballungsräume erfolgt, welche

der Landflucht der angestammten Bevölkerung entspricht. Flüchtlinge aus den 70er und 80er Jahren zogen ebenfalls in größere Städte, da diese den notwendigen Rückhalt in ethnischen Netzwerken bieten.

- Anfallende Kosten, um Bildung nachzuholen, werden langfristig von den positiven Aspekten besserer Ausbildung weit übertroffen → die Regierung/Bund sollte die Kosten für die Matura im zweiten Bildungsweg übernehmen.
- Kleinere Gemeinden ärgert, dass Betreiber von Flüchtlingsheimen vom Bund Servicegeld bekommen, während die “eigentliche Arbeit” an Gemeindebediensteten hängen bleibt ohne zusätzliches Budget für die Gemeinde für zB. für Wege-Sicherung, Polizeiarbeit, Mehraufwand der Bürgermeister, der Polizei, Transport zu Deutschkurs, Tickets für Öffis etc.
- Notwendige Analyse von Risiko und Chance freiwilliger HelferInnen: Wie langfristig ist die Leistungsbereitschaft unbezahlter Freiwilliger? Ist das ein “Sommer-Trend”? Kann nach der kapitalschaffenden Basisarbeit die Arbeitsleistung ohne Qualitätsverlust reduziert werden, bzw. von anderen Agenturen oder von den Flüchtlingen selbst übernommen werden? Welche Faktoren sichern den Erfolg?
- Normen, Werte, Gesetze und implizite Regeln, die den zwischenmenschlichen Umgang betreffen, erklären und explizit zu machen. Das hilft die kulturelle Barrieren zu überbrücken. → Online Cultural Guide:
http://guide.culturecrossing.net/basics_business_student.php?id=14“Implizite Regeln explizit machen”
- Hauptanliegen: Arbeit –Wirtschaft –Wohnen (+ Bildung + Mobilität)
- Notwendige Koordination zwischen verschiedenen öffentlichen und privaten Initiativen zur Reduktion von redundanten Hilfeleistungen und zur besseren Nutzung der Vorteile/Kompetenzen.

Ideen

- Information, Information, Information! Kostenloses Programmangebot der Gemeinden für BürgerInnen und Bürger.
- Fahrräder und Öffi-Tickets → OÖ – 1 Euro pro Fahrt in die Kaffeekasse statt Freifahrten
- Begleitung von privaten Vermietern bei der Bereitstellung von Wohnraum, um Ängste und Unsicherheiten zu reduzieren; Informationsstelle für alle diesbezügliche Fragen einrichten.
- Integrationsfokus vor allem auf Kinder, Eltern-Kind-Gruppen für Integration
- Kulturelle Unterschiede erkennen und überbrücken: z.B. kulturelle Normen innerhalb des Deutschkurses vermitteln.
- Kurz- und langfristige Nutzung von leerstehenden Gebäuden
- “Dreidimensionaler Quartiers-Zugang”: Industriegebäude, kirchliche Güter, Privateigentum, öffentliche Gebäude, Holzcontainer
- Holzcontainer in Modularbauweise
- Hürde nach positivem Asylbescheid: Kautionsvorleistung für Wohnung
- Hilfe nach positivem Bescheid: Basisversorgung von privaten Helfern

- Zentrale Koordination der Wohnraumbeschaffung
- Potenzial zur Selbstorganisation von ethnischen Gruppen; Problem: Kommunikation in die allgemeine Bevölkerung
- Fortbildung, Vernetzung und Austausch für Ehrenamtliche
- Mehr Informationen für FamilienbetreuerInnen zu bürokratischen Abläufen
- Allianz mit gemeinnützigen Wohnbauträgern für Administration zur Entlastung von Gemeindebediensteten
- Checklisten für private HelferInnen für Prozess und Ablauf
- Nachhaltiger Einsatz von (Human-)Ressourcen - Einbindung in die Gemeinde

5. Lage in den Herkunftsländern und Fluchtgründe

Experten: Mostafa Noori, afghanischer Flüchtling; Georg Schärmer, Caritas Tirol

Was bewegt Menschen dazu ihre Heimat zu verlassen und sich auf die lebensgefährliche Reise nach Europa zu begeben?

Die Gründe für eine Flucht sind vielfältig. Im Folgenden sind die wichtigsten Erkenntnisse aus den Gesprächen mit den Experten zusammengefasst. Sie erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Neben diversen Ursachen für eine Auswanderung wird auch auf die Probleme, welche den Menschen in Österreich begegnen, eingegangen.

Erkenntnisse und Erfahrungen

a) Österreich

Ausbildung & Arbeiten in Österreich

Im Ausland absolvierte Ausbildungen werden zu einem hohen Prozentsatz in Österreich nicht anerkannt. Dadurch wird den Ankommenen die Motivation genommen: Ausgebildete Chemiker arbeiten als Reinigungskräfte. Als Folge dessen müssen die Flüchtlinge wieder bei Null beginnen.

Der Wunsch nach Integration besteht, aber es fehlen die Möglichkeiten.

Zum Thema Bildung in Österreich: 50% der Flüchtlinge, die hier ankommen sind unter 30 Jahre alt. Zwar wird eine Schulbildung ermöglicht (z.B. Hauptschule), danach dürfen die jungen Menschen jedoch nicht arbeiten und ihr eigenes Geld verdienen, da sie während der Grundversorgung kein Geld verdienen dürfen.

Grundversorgung und Mindestsicherung

Das Asylverfahren und damit die Grundversorgung kann bis zu sechs Jahre lang dauern. Ursächlich dafür verantwortlich ist die Unterbesetzung der zuständigen Bundesämter. Erst nach positivem Bescheid kann Mindestsicherung bezogen werden.

Deutschkurse

Deutschkurse werden nur im Ausmaß von 120 Stunden angeboten.

Flüchtlingen frühzeitig Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen brächte viele Vorteile: Die Menschen könnten ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, sie erlernen die Sprache viel schneller und Beschäftigung wäre auch dem psychischen Wohl zuträglich. Das lange Warten und Nicht-Gebraucht-Werden ist psychisch sehr belastend.

b) Situation in den Flüchtlingslagern

in Österreich:

- es sind nicht immer ausgebildete und gut vorbereitete Menschen, welche die Ankommenden betreuen: das schafft Probleme.
- Entzug des „Taschengelds“ als Strafmaßnahme ist keine hilfreiche Option.

im Ausland:

- Situation in den Flüchtlingslagern prekär: Unterversorgung und Hunger sowie Verzweiflung können zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führen, auch unter den Flüchtlingen

c) Fluchtursachen in den Herkunftsländern...

- (Bürger-)Kriege und Verfolgung; z.B. 40 Jahre Krieg in Afghanistan.
- Kulturelle Auswanderungsgründe (v.a. Afrika); Initiationsmythos: In manchen afrikanischen Staaten wie etwa Mali gehört es zum Initiationsritus eines jungen Menschen sein Dorf zu verlassen und auf Wanderschaft zu gehen. Dies wird als Teil des Erwachsenwerdens wahrgenommen. Hinzu kommen wirtschaftliche Vorteile für die gesamte Dorfgemeinschaft.
- Wirtschaftliche Gründe.

Rücküberweisungen:

Der Anteil jenes Geldes, das nach Hause ins Ursprungsland (in die Dörfer) rücküberwiesen wird, macht einen höheren Betrag aus, als die gesamte Entwicklungshilfe Europas an diese Länder. Mitunter kann, wer im Ausland arbeitet, in seinem Dorf eine Schule errichten oder andere öffentliche Gebäude. Mit diesem Wissen wird eine Flucht für die Menschen attraktiver. Auch wenn die Zeit im Ausland für die betroffene Person selbst nicht positiv wahrgenommen wird, kehren sie schließlich stolz nach Hause zurück.

Akademische Flüchtlinge

Zum Teil haben die Flüchtenden in der Ausübung ihrer Tätigkeit beispielsweise als Arzt die „falschen“ Menschen behandelt.

Familienpass

In Afghanistan gibt es den sogenannten Familienpass, der einer gesamten Familie erlaubt mittels eines einzigen Passes auszuwandern. Fehlt jedoch ein zentrales Familienmitglied (Vater), bleibt lediglich eine illegale Auswanderung.

d) Auch Europa selbst hat ein starkes wirtschaftliches Interesse

Nur durch die billigen Arbeitskräfte können unsere günstigen Nahrungsmittel hergestellt werden, beispielsweise an den Gemüsefeldern in Spanien.

e) Nachbarländer

Wegfall von Stabilisierungsfaktoren

Lange Zeit haben die Auffanglager in Libyen einen Großteil der Menschen von einer Weiterreise nach Europa fern gehalten. Mit dem Wegfall der alten **Diktaturen**, fallen auch diese Stabilisierungsfaktoren weg.

Nachbarstaaten

Häufig ist es in den angrenzenden Nachbarländern der Kriegsgebiete nicht möglich, Asyl zu beantragen beziehungsweise nur mittels enormer Anforderungen, vergleichsweise im Iran.

Hinzu kommt, dass oft auch in diesen Staaten die Menschen keine stabilen Bedingungen vorfinden und sich in Sicherheit wiegen können.

Wer flüchtet hat einen triftigen Grund!

Ideen

- Raschen Zugang zum Arbeitsmarkt zur Förderung der Integration, der Sprachkenntnisse, des seelischen Wohlbefindens und der wirtschaftlichen Autonomie.
- Bewusstmachen und -sein der eigenen Vergangenheit in den Ankunftsändern.
- Förder- und Startprogramme in den Herkunftsländern, beispielsweise dem Kosovo, um die eigene Bevölkerung zum Bleiben zu motivieren.
- Asyl auf Zeit: Förderung von Rückkehrprogrammen.
- Angst nehmen: den Ankommenden Namen und Geschichten geben zur Aufklärung.

6. Asylquartiere und Unterbringung

ExpertInnen: Alexander Poschner, Architekt und AG Utopie&Asyl; Pamina Ackerbauer, Josef Sinkovits, respekt.net

Das sechste Themengespräch setzte sich mit der Unterbringung von Flüchtlingen auseinander. Neben Größe und Art der Unterbringung sowie rechtlichen Vorgaben im Bereich Wohnen, hat deren Qualität enormen Einfluss auf die Integrationsfähigkeit der Ankommenden.

Erkenntnisse und Erfahrungen

Die Quartiersfrage kann nicht unabhängig von sozialen Fragen beantwortet werden:

- Entscheidend ist die Frage nach integrativen Konzepten mit denen Gebäude, Lage, Größe, Anzahl sowie soziale und gesellschaftliche Aspekte in Wechselwirkung stehen. Architektur geht hier weit über das „Bauen“ hinaus und kann – gemeinsam mit den Gemeinden und anderen AkteurInnen – diese Herausforderungen als raumproduzierende Disziplin bewältigen.

Weg von der Ghettoisierung!

- Ghettos sind ein Thema migrantischer Stadtquartiere und weniger ein Thema in der Asylthematik. (Hierzu nur kurz der Hinweis, dass migrantische Viertel oft zwar in sich vernetzter

agieren, aber die hohe Fluktuation in solchen Vierteln dem Vorurteil „Ghetto“ widersprechen). Migrantische Stadtquartiere sind häufig erste Anknüpfungspunkte für ZuwanderInnen und haben deshalb auch einen wesentlichen Einfluss auf Integration. Zudem darf nicht vergessen werden, dass häufig „heruntergekommene“ Viertel von MigrantInnen nach und nach aufgewertet werden. KünstlerInnen und StudentenInnen ziehen ebenfalls zu und damit findet die Stadt optimale Rahmenbedingungen für eine generelle Aufwertung des Viertels (Gentrifizierung) vor.

Strenge behördliche Auflagen können Privatunterbringer abschrecken:

- Der aktuelle Tagsatz (€ 19 =>€ 12,50 für Unterkunft und €6,50 für Verpflegung) wird oft von Unterkunftgebern als zu gering eingeschätzt. Im „Sechs-Punkte-Sofortmaßnahmenkatalog zur Grundversorgungsmisere 2015“ von Caritas, Diakonie, Volkshilfe, Rotes Kreuz, Integrationshaus, Asylkoordination, Don Bosco, SOS Mitmensch, Arbeiter-Samariter-Bund: http://www.asyl.at/fakten_2/6punkte_sofortmasnahmenkatalog_0615.pdf) wird gefordert, dass der Tagessatz auf €25 angehoben wird und der Kostenersatz für privat Wohnhafte an den Tagessatz von organisierten Quartieren angepasst werden soll. Dadurch können u.a. die Betreuung verbessert, Gebäude saniert aber auch ein Anreiz für private Unterkunftsgeber geschaffen werden (Anm.: Gewinnorientierung im Bereich der Flüchtlingsunterbringung ist hier fehl am Platz!)

Unterstützung der Gemeinden durch Land und Bund ist gefragt

- Bürgermeister fühlen sich allein gelassen und spüren Druck von vielen Seiten: Aktuell werden Gemeinden relativ alleine gelassen und Flüchtlinge fast überfallsartig zur Unterbringung in die Gemeinden geschickt. Es scheint so, als müsste jede Gemeinde das „Rad neu erfinden“. Es fehlt an Konzepten (von z.B. Bund/Land), die adaptiert werden könnten bzw. schenkt man Konzepten, die in unterschiedlichen Bereichen und in interdisziplinären Runden (ArchitektInnen, Caritas, Integrationshaus, private Initiativen, etc.) erarbeitet wurden und werden, kaum Gehör.

In der Asylquartiersfrage gibt es keine allgemeingültige Antwort

- jede Gemeinde benötigt ihren eigenen Lösungsansatz: Gute und funktionierende Beispiele gibt es im ganzen Land. Sie könnten als Vorbild für andere Gemeinden hilfreich sein.

„Integration läuft von selbst“ der Wille ist vorhanden

- Integration läuft von selbst, wenn Interaktionsmöglichkeiten mit der Bevölkerung geschaffen werden. Abschotten der Flüchtlinge erzeugt nur Unsicherheit und Unmut auf beiden Seiten.
- Integration durch die Gemeinde kann zum „Aufblühen“ des ganzen Ortes führen: Die österreichische bzw. europäische Gesellschaft benötigt Konzepte, die auf aktuelle Entwicklungen (älter werdende Bevölkerung sowie Abwanderungsregionen) reagieren. Zuwanderung und Flüchtlinge können hier ein noch unerkanntes Potenzial zur Wiederbelebung von Ortschaften und Regionen darstellen. Riace, ein süditalienisches Dorf, könnte hier Vorbildwirkung haben.

Angst um die Attraktivität von Tourismusgebieten:

- Einige Beispiele, die in Alpbach von BürgermeisterInnen geschildert wurden, zeigen, dass diese Sorge entkräftet werden kann (z.B.: Krumpendorf).
- Große Arbeitsbereitschaft bei Asylwerbern: Mithilfe bei der Sanierung des Gebäudes, Rollstuhlschieben von Senioren, Aufbauen von „Marktleben“.
- Sprachbarriere – Arbeit im Tourismus – Integration – (leistbares) Wohnen und Gemeinde, sind Themen die miteinander in Beziehung stehen: vor allem Integration und Unterbringung sind eng verknüpft.

Fragen und Antworten

Was ist eigentlich die ideale Quartiersgröße? Maximal 50 oder 25 Personen?

- Das eigentliche Ziel der Unterbringung sollte das Wohnen in Wohnungen sowie Wohngemeinschaften, also durchmischt mit der Bevölkerung, sein.
- Wenn es um organisierte Quartiere geht, ist diese Frage abhängig von raumplanerischen, sozialen und architektonischen, aber auch gemeindespezifischen Faktoren und IMMER nur in Bezug auf das angedachte Konzept für das Quartier beantwortbar! Beispielsweise peilt die Caritas in Graz eine maximale Quartiersgröße von 25 Personen an. Der Durchschnitt in Graz wurde mit 35 Personen pro Quartier angegeben, wobei es aber auch größere Quartiere (rund 50 Personen) gibt.
- Laut der Innenministerin (<http://orf.at/stories/2292261/2292191/>) benötigen 35.000 Menschen in diesem Jahr, zusätzlich zu den bisherigen angekommenen Menschen, eine (winterfeste) Unterkunft → Bei einer durchschnittlichen Quartiersgröße von 25 Personen wären das 1.400 Quartiere.

Mit zunehmender Anzahl von Personen nehmen auch die Probleme beziehungsweise Herausforderungen zu?

- Generell gilt: Ort, Gebäude, Lage sowie die Anzahl unterzubringende Personen sind wesentliche Faktoren, entscheidend ist jedoch, ob es ein (integratives/interagierendes) Konzept für die Unterbringung gibt. Je nach Konzept können viele Herausforderungen gemeistert werden.

Wie aufnahmefreudig wird die Gemeinde reagieren?

- Hinter vielen (Gegen-) Argumentationen steht oft Angst und Desinformation. Aktive und klare Information an die Bevölkerung kann viele Ängste und Befürchtungen neutralisieren. Wesentlich sind für Quartiers-Konzepte „Orte und Räume“ bzw. „Bühnen“ für Bevölkerung und AsylwerberInnen zu schaffen. Diese können die Interaktion zwischen AsylwerberInnen und Bevölkerung fördern, und damit vorherrschende Vorurteile und Ängste abbauen helfen. Das Zusammenkommen aller ist der erste Schritt zur Integration. Grundsätzlich wurde auch festgestellt, dass in Gemeinden, welche bereits Flüchtlinge beherbergen wesentlich emotionsloser und unaufgeregter mit dem Thema Asyl umgegangen wird. Gemeinden, die Räume zur Interaktion anbieten, fördern auf jeden Fall die BefürworterInnen, wodurch privat organisierte Hilfen und Initiativen entstehen bzw. bestärkt werden könnten.

Gibt es kurz- und mittelfristige Lösungen? Zwischenlösungen?

- Grundsätzlich: Leerstand vor Container, Container vor Zelt, Zelt vor Obdachlosigkeit!
- Derzeit werden Zelte in Österreich aufgestellt, diese sollten in Österreich nicht nötig sein.
- Des Weiteren muss hier bedacht werden, was mit „kurzfristig“ gemeint ist. Berücksichtigt man, dass noch nicht absehbar ist, wann der Krieg in den Herkunftsländern beendet sein wird, kann man von mehreren Jahren, wenn nicht Jahrzehnten ausgehen, in denen die Flüchtlinge Schutz und Zuflucht bei uns benötigen werden. Damit sollte auch die Frage aufgeworfen werden, ob es nicht sinnvoller wäre, permanente Stadtquartierserweiterungen zu planen als temporäre Lösungen anzugehen. Beispiele aus der Geschichte gibt es einige, z.B. Friedrichstadt und der Gendarmenmarkt in Berlin.

Was, wenn in einer Gemeinde keine leerstehenden öffentlichen Gebäude vorhanden sind? Sind mobile Unterkünfte eine Option? Wie lässt sich das umsetzen?

- Zunächst muss diese Frage in der Gemeinde auf mehreren Ebenen geklärt werden. Sind dann tatsächlich keine Leerstände (der Gemeinde, der Kirche, aber auch von Privatpersonen, die welche zur Verfügung stellen möchten) vorhanden, könnten Neubau, Modulbauweisen aber auch Container in Betracht gezogen werden. Eine Containersiedlung muss nicht unbedingt als Aneinanderreihung von mausgrauen Boxen verstanden werden. Es gibt hier wesentlich behaglichere Lösungsansätze. Zum Beispiel wurden „Holzboxen“ bzw. „Hotelboxen“ beim Europäischen Forum angesprochen. Berücksichtigt man zudem raumplanerische Rahmenbedingungen könnten auch diese Konzepte funktionieren.

Welche rechtlichen Bestimmungen (z.B. Brandschutz) müssen erfüllt sein? - ALLE

Wie bei jedem anderen Bauwerk sind die rechtlichen Bestimmungen zu erfüllen.

Wie viele Quadratmeter müssen für einen Asylwerber eingerechnet werden?

Für die Unterbringung wurden Mindeststandards festgelegt, welche sich in den einzelnen Bundesländern geringfügig unterscheiden. Einen Überblick liefert die Zusammenfassung des Österreichischen Städtebunds.

URL: <http://www.perchtoldsdorf.at/images/stories/startseite/2015-03/mindeststandards.pdf>

Ideen und Beiträge aus der Diskussion

Informationsfluss:

- Informationsmaterial für Gemeinden z.B. auf einer Website bündeln
- Aufruf in Gemeindezeitung für private Quartiere

Potential für Unterkunft:

- Leerstandserhebung & wohnwidmungsfremde Gebäude aktivieren

- Brachen und Kleingärten nutzen

Gestaltung und Einbindung der Unterkunft:

- vorhandenen Wohnraum angenehm gestalten (auch Container), dies kann beispielsweise als Projekt von Bevölkerung und Flüchtlingen durchgeführt werden. Die aktive Mithilfe der Flüchtlinge bei der Gestaltung ihres neuen Lebensraumes kann den Flüchtlingen beim „Ankommen“ in der neuen Umgebung unterstützen.
- Nutzer mit ähnlichen Bedürfnissen könnten in einem Gebäude durchmischt werden. Beispielsweise könnten SeniorInnen aber auch Jugendliche und StudentInnen zusammen in einem Wohnprojekt mit AsylwerberInnen leben. Asylwerber + Studentenwohnheim + Altenwohnheim + Jugendherberge wären gut kombinierbar
- Interaktionsflächen für Bevölkerung und Flüchtlinge in der Gemeinde sollten geschaffen werden. Dies kann u.a. direkt in der Asylwerberunterbringung sein, aber auch in Räumlichkeiten der Gemeinde, der Kirche oder an öffentlichen Orten und Räumen.
- Architektur als Interaktionsfläche (z.B. Gemeinschaftsräume im öffentlichen Raum)
- zivilgesellschaftliche Initiativen in der Gemeinde sollten bestärkt werden, und könnten der erste Schritt hin zur Integration sein
- Eine einfache „Interaktion“ wäre beispielsweise ein Nachmittagskaffee mit AsylwerberInnen zu etablieren
- Integration ins Gemeindeleben sinnvoll & hilfreich; gemeinsames Wohnen und Leben ist möglich -> Einstellung als Schlüssel zur Veränderung
- Eine Gemeinde könnte beispielsweise mit einer kleinen Unterkunft mit zB 5 bis 6 BewohnerInnen oder ein bzw. zwei Familien starten. Das könnte als gutes und greifbares Beispiel für die Bevölkerung hilfreich sein, um Ängste und Befürchtungen abzubauen zu können.

Sonstiges

- Baurichtlinien sind von der Gemeinde einzuhalten, da gibt es keine Diskussion & kein Nachgeben bezüglich der Einhaltung der Bestimmungen von Bürgermeisterseite
- „Brandwächter“ bestimmen -> Manpower nutzen zur Einhaltung der z.B. Brandschutzbestimmungen
- Nutzung von Crowdfunding (z.B.: www.respekt.net) als praktisches und wirkungsvolles Instrument der Finanzierung und Kommunikation von lokalen Aktivitäten / Initiativen in den Gemeinden.

Anregende Beispiele:

- Grandhotel Cosmopolis, Augsburg (DE): Leerstehendes Seniorenheim wurde zu Hotel umfunktioniert. AsylwerberInnen werden als Hotelgäste mit längerer Aufenthaltsdauer und Besucher als Hotelgäste mit kürzerer Aufenthaltsdauer betrachtet.
<http://grandhotel-cosmopolis.org/de/hotel/>

- MAGDAS Hotel, Wien (AT): AsylwerberInnen sind in den Hotelbetrieb involviert und finden dort Vernetzungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten <http://www.magdas-hotel.at/home/>
- ETAP, Restaurant, Wien (AT): Hat sich dazu entschlossen für etwa 100 Flüchtlinge einmal die Woche zu kochen. Damit wird den Flüchtlingen die Möglichkeit gegeben aus ihrem Umfeld herauszukommen und gemeinsam mit Einheimischen zu essen.
- Riace, süditalienisches Dorf: Das Dorf ist über die Jahre von 3000 BewohnerInnen auf 800 geschrumpft. Schulen, Geschäfte etc. haben nach und nach geschlossen, die Jugend ist weggezogen. Nach dem Entschluss des Bürgermeisters Flüchtlinge aufzunehmen und diese in die Gemeinde zu integrieren begann das Dorf wieder zu florieren. Mittlerweile leben 500 Flüchtlinge in Riace, Frisör, Bäcker, Schule etc. haben wieder eröffnet. Das Dorf blüht wieder auf.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-11/italien-dorf-riace-fluechtlinge-zuhause>
- Bremen-Hemelingen (DE): Eine Containersiedlung mit spannendem Ansatz.
- Und viele weitere, welche beim Forum Alpbach vorgestellt wurden: Neudörfel, Puchenstuben, Klosterneuburg, etc.

Zur Information:

- www.respekt.net wird 2016 wieder eine Initiative "Orte des Respekts 2016" starten (www.ortedesrespekts.at), zu welcher alle Gemeinde herzlich aufgerufen und eingeladen sind mitzumachen.

7. Privatunterkünfte für Flüchtlinge

Expertinnen: Veronika Ehm, Anna Larcher, Flüchtlinge Willkommen Österreich; Azra Bajrica, Bildungsinitiative Österreich

Webseite: www.fluechtlinge-willkommen.at/

Kurzbeschreibung: Privatunterkünfte für Flüchtlinge

„Flüchtlinge Willkommen Österreich“ bringt geflüchtete Personen und Wohngemeinschaften, die ein freies Zimmer zur Verfügung haben, zusammen. Ziel ist eine neue Willkommenskultur in Österreich! Konkret entsteht dadurch Kontakt zwischen geflüchteten Menschen und in Österreich lebenden Personen, ein Austausch sozialer Strukturen, Dialog der Kulturen, neue Erfahrung und gegenseitige Bereicherung, und vieles mehr. In der kurzen Zeit seit dem Bestehen des Projektes bis heute wurden etwa 300 Wohngemeinschaften vermittelt!

„Flüchtlinge Willkommen Österreich“ ist sozusagen die Schaltzentrale zwischen WG's und Gemeinden und den geflüchteten Personen. Es funktioniert als Onlineplattform und fungiert sowohl als Ansprechpartner für WG's, Leuten die helfen wollen, als auch für die geflüchteten Personen. Diese Plattform hat die Aufgabe, das Handeln zu unterstützen, Steine ins Rollen zu bringen und Helfen zu erleichtern.

Fragerunden

Nachdem die drei Expertinnen den Verein vorgestellt hatten, gab es Fragen zu folgenden Themen:

Finanzielles: Wie kann das Projekt finanziell funktionieren? Wie werden die Mietpreise festgelegt?

Für die Finanzierung der Miete gibt es viele Möglichkeiten. Die geflüchteten Menschen haben selbst ein gewisses Budget für ihre Unterkunft zur Verfügung. Sind sie noch im Asylverfahren, haben sie für privates Wohnen monatlich € 320 zum Leben (inkl. Miete und Essen) zur Verfügung. Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte haben einen Anspruch auf Mindestsicherung und darin sind in Wien beispielsweise € 203,50 für die Deckung des Wohnungsbedarfs vorgesehen. Je nach Bundesland kann die staatliche Unterstützung variieren. KollegInnen in Deutschland haben positive Erfahrungen mit Mikrospenden gemacht und können das absolut empfehlen. Dabei sagen mehrere Leute monatliche kleine und Kleinstspenden für einen gewissen Zeitraum zu und richten einen Dauerauftrag ein. Sie haben per Mail einen Aufruf an Freunde und Familie verschickt. Innerhalb von zwei Wochen hatten sie das benötigte Geld für die Miete für ein Jahr zusammen. Dabei wurden ihnen Beträge von € 3 bis 50 monatlich zugesagt. Eine andere Möglichkeit ist es, Crowdfunding über bekannte Plattformen wie zum Beispiel www.respekt.net zu starten.

Wie kann man der Bevölkerung die Angst vor dem Neuen nehmen?

Den Flüchtlingen ein Gesicht geben. Die Geschichten der Flüchtlinge erzählen. Information ist der erste Schritt, um gegen die Angst und das Misstrauen anzugehen. Das persönliche Kennenlernen gilt als das beste Mittel gegen Angst. Miteinander sprechen. Sich kennenlernen. Das sind Sachen, die Zeit brauchen, dafür aber umso solider sind. Oft werden in den Medien verzerrte und angsteinflößende Bilder verbreitet, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen.

Je mehr die Leute mit den Asylwerbern zu tun haben, desto geringer wird die Angst vor ihnen.

Unter welchen Rahmenbedingungen kann dieses Projekt erfolgreich stattfinden?

Der Asylstatus der geflüchteten Person muss gegeben sein. Der Verein eruiert in einem ersten Schritt die Bedürfnisse des Flüchtlings, sowie der WG. Erst in einem nächsten Schritt kommt es zum Kennenlernen.

Wie kann die Information besser funktionieren?

Beginnen Sie darüber zu sprechen. Besuchen Sie die Website, posten Sie in den Social Media, erzählen Sie Ihrem Umfeld von dieser Idee. Das vorliegende Handbuch ist ein erster Schritt in diese Richtung.

8. Lernen von Traiskirchen

Experte: Andreas Babler, Bürgermeister von Traiskirchen

Hintergrund:

Das Erstaufnahmezentrum Traiskirchen ist eine auf 480 Personen zugelassene Bundeseinrichtung, die aber derzeit mit weit über 4.000 Menschen belegt ist.

Politische und rechtliche Herausforderungen

- Die Kommunikation (zwischen dem Bund und der Gemeinde) muss verbessert beziehungsweise beschleunigt werden.
- Wie soll mit gesetzlichen Auflagen und starren Strukturen umgegangen werden? Wie kann Rechtssicherheit der Gemeinden erzielt werden? → Gesetzliche Mitsprache fordern; es braucht gemeinsam entwickelte, rechtsverbindliche Vereinbarungen.
- Wie soll mit den vielen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen adäquat umgegangen werden? → Rechtsproblem: Die gesetzliche Obsorge unbegleiteter Jugendlicher gehört geklärt!
- „Wir müssen NJET der Länder viel stärker öffentlich thematisieren“ (Babler)

Kommunikation im Vorfeld zu den Gemeinden und der Gemeinden untereinander

- Es ist wichtig die Gemeinden im Vorfeld möglichst rasch und umfassend zu informieren (Wer kommt? Welche Nationalitäten sollen im Quartier untergebracht werden?).
- Der Austausch von Erfahrungen und erfolgreichen/positiven Beispielen hinsichtlich des Zusammenlebens verschiedener Asylwerber-Nationalitäten ist hilfreich: Welche Nationen „können miteinander“ und wo könnten Konflikte auftreten? U.a. wird die Einschätzung geteilt, dass „junge afghanische Männer total problemlos“ seien.

Rolle des Bürgermeisters und der Rückhalt der Bevölkerung

- Menschen honorieren eine humanistische Haltung. Durchhalten zahlt sich aus!
- Hat Auswirkung auf Wahlen: „Keine Angst haben“.
- Probleme und Verunsicherungen sichtbar machen, benennen und Antworten geben. Ruhige, menschliche Art ist förderlich.
- BürgermeisterIn sollte die Menschen möglichst selbst empfangen und begrüßen
- Wichtig ist: Solidarität der Bürgermeister.

Das Schaffen einer Willkommens- und Orientierungskultur ist enorm wichtig

- „Willkommenskultur“ bereits vor Ankunft herstellen, indem wichtige Menschen in der Gemeinde schon vorab eingebunden werden: Pfarrer, Kindergarten, Volksschule, Feuerwehr, Pfadfinder, um nur ein paar zu nennen. GEMEINSAM das Ankommen vorbereiten.
- → soziale, emotionale Aufnahme, Würde!
- Menschliche Initiativen setzen, Würde erlauben, Eigeninitiative zeigen (befristet öffnen) & Solidarität jetzt leben (Dach über dem Kopf).
- Ankommende Menschen ausreichend über Gegebenheiten vor Ort informieren, z.B.: „Stadtführung“ – Was ist wo? Und den lokalen Lebensalltag bzw. die jeweiligen Praktiken näherbringen? (Mülltrennsystem, Feueralarm üben, Rettung,... wenn Unterkunft in Grenzgebiet liegt: Grenze zeigen). Hilft Konflikte zu vermeiden und ist auch eine Möglichkeit, um Flüchtlinge mit Einheimischen zusammen zu bringen. Dabei Sprachbarriere bedenken, Verständigung so gut es geht ermöglichen (Dolmetscher, muttersprachliche Personen, Flüchtlinge etc.)

Partizipation in der Gemeinde so weit als möglich

- Vereine, Multiplikatoren/Schlüsselpersonen, andere Akteure im Ort so früh wie möglich einbeziehen (Freiwillige Feuerwehr, Pfarre, Sportvereine, Schule, Kindergarten, Pfadfinder etc.) → Netzwerk von UnterstützerInnen aufbauen – nicht zwingend politische Kontakte.
- Mit Vereinen und NGOs Betreuungs- sowie Beschäftigungs- und Lernmöglichkeiten schaffen (z.B. Caritas, Volkshilfe, Diakonie, Hebammen, Deutsch-Lernen: Deutschkurse in Zusammenarbeit mit Schulen, pensionierte DeutschlehrerInnen, Freiwillige). Auch andere PartnerInnen einbinden (z.B. ÖBB).

Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen

- Menschen sind glücklich, sobald sie arbeiten dürfen und brauchen das Gefühl des „Gebraucht Werdens“. Geld ist zwar sekundär, aber Flüchtlinge/Asylwerber sollen möglichst selbsterhaltungsfähig sein können.
- Good Practice: Bürgermeister Siegfried Nagl, Graz (Remuneration: 3 -5,-/Std., max. 110,- pro Monat).

Finanzielles

- Es gibt eine riesige Spenden- und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung: Zentrale Spenden- und Unterstützungskoordination einrichten; das kann der Bürgermeister nicht „nebenbei“ machen.
- NGOs rechtzeitig ausreichend finanziell unterstützen (nicht erst am Tag des Einzugs der Flüchtlinge), weil Kosten schon vorher entstehen. Betreuungsschlüssel 1: 170!!
- → Von der Gemeindeebene aus gemeinsam mehr Geld für Betreuung fordern.
- Realkosten anschauen (z.B. Kufstein gibt zu Weihnachten Warengutscheine an Flüchtlinge aus).
- (Negativbeispiele für Strukturstarre: Jungholz, Kleines Walsertal => bei Schwierigkeiten gesetzlichen Auflagen einzuhalten, den Instanzen Bilder zeigen).

9. Österreichische Flüchtlingskoordination

Experte: Christian Konrad, österreichischer Flüchtlingskoordinator

Eingangsstatement des österreichischen Flüchtlingskoordinators Christian Konrad

„Es brennt der Hut“. Wir brauchen heuer noch geschätzte 35.000 Quartiere. Traiskirchen muss entlastet werden. Wir sollten Einheiten mit einer Größe von maximal 100 – 150 Personen und keine Containerstädte schaffen, die danach Restmüll sind. Außerdem braucht es technisches und organisatorisches Personal.

Anliegen und Fragen an den Flüchtlingskoordinator Christian Konrad:

Grundsätzliches

- Es braucht die Kooperation aller Beteiligten! Dies schließt auch Kindergarten, Schule und Sprachförderung mit ein.
- Ohne NGO's geht es nicht, doch dürfen die Pflichten des Bundes nicht auf die Zivilgesellschaft überwältzt werden.

Anliegen

- Verfahren sollen beschleunigt werden
- Asylwerber müssen einer Beschäftigung nachgehen dürfen.
- Die Kommunikation zwischen BMI und Gemeinden muss verbessert werden! Gemeinden brauchen rechtzeitige Vorab-Information über die Anzahl der zu erwartenden AsylwerberInnen - Beispiel wie es nicht sein soll: In einer Gemeinde wurden 50 Flüchtlinge willkommen geheißen. 38 weitere vom Bund ohne vorherige Information einfach zugewiesen.

Ein ermutigendes Beispiel: In einer Gemeinde mit 2300 Einwohnern sind 110 Flüchtlinge untergebracht. Der Bürgermeister steht dazu und hat bei den Wahlen gewonnen.

Wohnungspotenzial

- Container sollen jedenfalls vermieden werden: Können Gemeindehäuser genutzt werden? In vielen (300) aufgelassenen Bahnhöfen stehen Wohnungen leer, in kirchlichen Einrichtungen, Klöstern und leer stehenden Pfarrhöfen besteht noch Potenzial.
- Erleichterungen bei Brandschutz, Baubescheiden und Mieterschutz sind dringend notwendig; auch Erleichterung bei Umwidmung von Gebäuden ist erwünscht
- Es gibt Gerüchte, dass in Vordernberg eine extreme Unterbesetzung besteht. Es ist zu prüfen, wie viele Personen dort untergebracht sind.
- Salzburg hat Potenzial Flüchtlinge aufzunehmen

Walter Naderer, ein Teilnehmer des Forum Alpbach präsentiert seine Idee: Er hat eine App entwickelt, die Flüchtlinge in deren Sprache informiert und deren Selbstorganisation unterstützt.

<http://www.noen.at/nachrichten/lokales/aktuell/hollabrunn/Naderer-Vorstoss-App-fuer-Fluechtlinge;art2563,666606#>

Link:

- 6 Punkte-Sofortmaßnahmenkatalog zur Grundversorgungsmisere 2015: Caritas, Diakonie, Volkshilfe, Rotes Kreuz, asylkoordination, SOS Mitmensch, Integrationshaus, Don Bosco Flüchtlingswerk Austria, Arbeiter-Samariter-Bund;
http://www.asyl.at/fakten_2/6punkte_sofortmasznahmenkatalog_0615.pdf

C. CONSTRUCTIVE STORYTELLING: BÜRGERMEISTERINNEN ERZÄHLEN ERFOLGSGESCHICHTEN

In manchen österreichischen Gemeinden wird schon seit vielen Jahren Flüchtlingen Schutz und Aufnahme gewährt. Zahlreiche Gemeinden sind in den letzten Jahren dazu gekommen. Oft ausgehend von engagierten Privatpersonen und zivilgesellschaftliche Initiativen ist ein breit gefächertes Netz an Strukturen und Unterstützungsangeboten und in diesen Gemeinden geschaffen worden. Es gibt also bereits vielfältige Erfahrungen, wie die Aufgabe, Flüchtlinge in der Gemeinde willkommen zu heißen, gut bewältigt werden kann und wie Integration gelingen kann.

Es war die Absicht dieser Veranstaltung, die Erfahrungen beispielgebender Gemeinden zugänglich zu machen, um das Rad nicht immer wieder neu zu erfinden. Die BürgermeisterInnen von 17 Gemeinden wurden ausgewählt, ihre Erfolgsgeschichte zu erzählen: Wie es begann, welche Schwierigkeiten auftauchten, wie sie gemeistert werden konnten, welche Vorgehensweisen sich bewährt haben.

Im Folgenden sind die Geschichten der Gemeinden nachzulesen. Die zentralen Erkenntnisse und Gelingensfaktoren, welche die TeilnehmerInnen der jeweiligen Gesprächsrunden während des Zuhörens herausfilterten, wurden festgehalten und sind in den Teil A (Wesentliche Erkenntnisse, Erfahrungen und Empfehlungen) des Handbuchs eingeflossen.

Geschichte 1: Krumpendorf am Wörthersee, Kärnten

- Bürgermeisterin: Hilde Gaggl
- Einwohnerinnen: 3300
- Flüchtlinge: 300
- Homepage: www.krumpendorf.gv.at

„Everybody is welcome!“

Der Willkommensgruß an alle - aber besonders auch an die rund 240 Flüchtlinge, die im Juli im Kärntner Badeort ihr Quartier in Zelten bezogen -steht auf einem Balken quer über die vielbefahrene Krumpendorfer Hauptstraße. Normalerweise werden auf dem Überkopfwegweiser Veranstaltungen angekündigt.

Das Innenministerium hatte Anfang Juli den Aufbau von 30 Zelten für 240 Flüchtlinge im Hof der Polizeikaserne Krumpendorf angeordnet, um Traiskirchen zu entlasten, und binnen weniger Stunden waren die Zelte aufgestellt. Die Gemeindevertreterinnen kritisieren die als überfallsartig empfundene Vorgangsweise des Innenministeriums. Doch gleichzeitig machten sie klar, dass sich die Kritik nur auf die Vorgangsweise, nicht aber auf die Flüchtlinge selbst bezog.

„Wir schaffen das“ war das Motto von Bürgermeisterin Hilde Gaggl. Die Gemeinde rückte zusammen und bündelte ihre Ressourcen. Der Tourismus- und Flüchtlingsbeauftragte engagierte sich voll Elan, ebenso die Initiative „Lust auf Gerechtigkeit“, die bereits Erfahrung bei der Betreuung von AsylwerberInnen hatte. Die Bevölkerung reagierte auf die ankommenden Flüchtlinge, überwiegend männliche Kriegsflüchtlinge aus Syrien, mit einer unglaublichen und unerwarteten Welle von Hilfsbereitschaft. Binnen einer Woche wurde ein Willkommenskonzert veranstaltet, das hinsichtlich Stimmung und Spenden für die Flüchtlinge ein riesiger Erfolg war. Davon angespornt wurden in den folgenden Wochen weitere Willkommenskonzerte organisiert.

Belastendes Medieninteresse

Die Gemeinde bemühte sich, den Asylwerbern das Leben außerhalb ihrer Zeltunterkunft zu erleichtern. Fahrräder wurden organisiert und die kostenlose Benutzung des öffentlichen Bades ermöglicht. Hier sei es besonders wichtig gewesen, „gut dosiert“ vorzugehen, beispielsweise nicht allen Flüchtlingen gleichzeitig Zutritt zum Bad (Zeitkarten) zu gewähren, schildert Hilde Gaggl. Als belastend erlebten die Bürgermeisterin und der gesamte Ort das enorme Medieninteresse und die Präsenz der Medien. Eine der ursprünglichen Sorgen, dass sich die relativ große Anzahl an Flüchtlingen im Ort negativ auf den Tourismus auswirken könnte, erwies sich als teils unbegründet. Wohl auch mit der Gewissheit, dass diese Zeltstadt keine Dauereinrichtung sein kann. Da viele Flüchtlinge - teilweise sehr gute - Ausbildungen und Kenntnisse haben (darunter Ärzte, Köche, Handwerker) konnten sie bei der Selbstorganisation der Flüchtlinge im Zeltlager eine wichtige Rolle übernehmen. Eine lebendige Selbsthilfe entstand. Auch die Gemeinde könnte von den Ressourcen der Flüchtlinge profitieren, die Menschen werden nicht zu untätigen Hilfsempfängern degradiert.

Geschichte 2: Ottensheim, Urfahr Umgebung, Oberösterreich

- www.ottensheim.ooe.gv.at
- Bürgermeisterin: Ulrike Böker
- EinwohnerInnen: 4.500
- Flüchtlinge: 100

Website von Freiwilligen in Ottensheim: www.willkommen.ottensheim.at

Mit Überraschungen umgehen

Im Frühjahr lief noch alles nach Plan. In Ottensheim gab es bereits im Herbst die Möglichkeit, im gemeindeeigenen alten Feuerwehrgebäude und in privaten Wohnungen 25 Flüchtlinge unterzubringen. Im Frühjahr wurde dann – nach einigen Interventionen der Bürgermeisterin – das landeseigene Gebäude (ehemalige Straßenmeisterei) zur Aufnahme von 25 Flüchtlingen vom Land OÖ zur Verfügung gestellt. Bürgermeisterin Ulrike Böker informierte die im Gemeinderat vertretenen Parteien. Zwar gab es anfangs vereinzelt Skepsis bei Gemeinderäten und Anrainern der Straßenmeisterei, doch schließlich stimmte der Gemeindevorstand fast geschlossen – bei nur einer Gegenstimme – für die Aufnahme von Flüchtlingen in diesem Gebäude.

Dann kam Mitte Juli ein überraschender Anruf vom Land: „Frau Bürgermeisterin, Sie kriegen jetzt noch 30 Container.“ Ulrike Böker wurde informiert, dass in Ottensheim weitere 50 AsylwerberInnen in Containern untergebracht werden sollten. Die Bürgermeisterin befürchtete in ihrer Gemeinde Widerstand gegen die zusätzlichen Flüchtlinge. Nun waren klare, vorausschauende Kommunikationsschritte nötig. Sowie noch mehr Zusammenarbeit mit allen betroffenen Personen und Institutionen, von der Polizei bis zur Caritas, vom positiv gestimmten Pfarrer bis zu zweifelnden Bürgern und Bürgerinnen.

Unterstützung von Pfarrer und Polizeikommandant

Zuerst informierte die Bürgermeisterin die Nachbarn des vorgesehenen Containerareals in einem persönlich adressierten Brief und die gesamte Gemeinde in einem gemeinsam mit dem Pfarrer gestalteten Informationsblatt, das als Sondernummer der Gemeindenachrichten ausgesendet wurde. Weiter gab es eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung, bei der sich ExpertInnen der Polizei, der Caritas, Vertreter des Landes und die Bürgermeisterin den Fragen und Sorgen der Bevölkerung stellten. 100 Personen wurden erwartet, 300 kamen. Als besonders wichtig erwies sich die Teilnahme der lokalen Polizei, welche die geäußerten Sorgen, dass es zu einer erhöhten Kriminalität kommen würde, entkräften oder zumindest abschwächen konnte.

Die offenen und teils sehr kritischen Fragen der Bevölkerung nach dem Informationsabend leitete Böker in einem Brief an den Landeshauptmann weiter. Der Brief und das Antwortschreiben des Landeshauptmanns wurden auf die Website der Gemeinde gestellt.

Doch es gab nicht nur die Skeptiker in Ottensheim. Eine Welle von Unterstützung seitens der Bevölkerung hat eine positive Grundstimmung geschaffen. Eine Initiative für freiwillige Flüchtlingsbegleitung in Ottensheim organisiert Spenden und Aktivitäten. Lokale Meinungsmacher wie der Pfarrer sind einbezogen und vorhandene Räume und Initiativen, werden genutzt. Die Zusammenarbeit von GemeindevertreterInnen mit der Caritas funktioniert sehr gut, sagt Böker. Für

die Arbeit der BürgermeisterInnen sei es allerdings ganz wesentlich, dass sie sich auf Aussagen von PolitikerInnen auf Landes- und Bundesebene verlassen können müssen.

Den Müll trennen

Die Flüchtlinge herzlich aufnehmen ist die eine Seite der Integration. Die andere ist, den Neuankömmlingen einige wichtige sozio-kulturelle Normen zu vermitteln. Ganz wichtig: den Müll trennen! Mit kleinen, leicht zu verwirklichenden Maßnahmen kann das plötzliche Zusammenleben auf engem Raum erleichtert werden. So wurde um das Containerareal ein Sichtschutz errichtet, damit die Nachbarn weniger das Gefühl hatten, „gestört“ zu werden.

Dialog, Dialog und noch mehr Dialog – das ist für Ulrike Böker der Schlüssel zum Gelingen. Als Bürgermeisterin müsse sie natürlich auch immer die Sorgen und Ängste der Mehrheitsbevölkerung im Auge behalten. Ganz wichtig war es, einen breiten überparteilichen Konsens zu schaffen. Aber auch den Mut zu haben, die Dinge anzupacken, aktiv Schritte für die Aufnahme von Flüchtlingen zu machen und offen auf die Menschen zu zugehen. Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar.

Geschichte 3: Klosterneuburg, Wien-Umgebung, Niederösterreich

- Bürgermeister: Stefan Schmuckenschlager
- EinwohnerInnen: 33.000
- Flüchtlinge: ca. 300
- Website der Gemeinde: www.klosterneuburg.at
- Website einer Bürgerinitiative für die Flüchtlinge in Klosterneuburg:
www.klosterneuburg-hilft.at/
- <http://www.klosterneuburg-hilft.at/>

Von Hilfsbereitschaft überrascht

Im Herbst 2014, Traiskirchen war wieder einmal überfüllt, wurden in ganz Österreich Bundesländer und Gemeinden aufgefordert, Quartiere für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. In Klosterneuburg stand seit einiger Zeit die Magdeburgkaserne leer, die Kaserne war vom Verteidigungsministerium zum Verkauf ausgeschrieben, das Areal will die Gemeinde Klosterneuburg für die Stadterweiterung verwenden. Doch in jenen Herbstmonaten wurde Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager zunehmend mit medialen Anfragen konfrontiert, ob er die Kaserne zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung stellen würde. Schließlich einigten sich Verteidigungsministerium und die Gemeinde, dass die Kaserne als Winterquartier für Asylwerber zur Verfügung stehen würde. Im Dezember 2014 wurde die Aufnahme von Flüchtlingen angekündigt.

Der Bürgermeister kommunizierte offen die Notwendigkeit dieser Entscheidung, die Gemeinde richtete eine eigenständige Koordinationsstelle für Flüchtlingsfragen ein. Die enorme Hilfe, die sofort von der Bevölkerung angeboten wurde, überraschte den Bürgermeister im ersten Moment.

Überwältigende Hilfe

Das vom Bund mit der Organisation der Flüchtlingsunterkunft beauftragte Unternehmen ist mit den Aufgaben überfordert. Daraufhin unterstützte der Bürgermeister die Selbstverwaltung der Helferinnen und Helfer. Innerhalb kurzer Zeit bauten Arbeiter in der Kaserne und die UnterstützerInnen in der Gemeinde gut funktionierende Netzwerke auf. Etwaigen Schwierigkeiten begegnete Schmuckenschlager durch direkte Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern und klaren Absagen an Gegner.

Die Kaserne wurde im Frühjahr 2015 verkauft, doch der mit Ende Mai begrenzte Nutzungsvertrag für die Wohnbedürfnisse von Flüchtlingen wurde um eineinhalb Jahre verlängert. Die Planung für die Umgestaltung des Areals läuft. Die Errichtung von Wohnraum für AsylwerberInnen und Flüchtlinge wird dabei nicht ausgeschlossen, um sie weiter in Klosterneuburg aufnehmen zu können.

Bevölkerung denkt anders als die Parteispitzen glauben

Schnelle, direkte und offene Kommunikation sei immens wichtig, um mit der Situation umzugehen, sagt Bürgermeister Schmuckenschlager. Interne Netzwerke helfen bei der Verbreitung von Information. Auf Meinungs austausch auf Facebook, rät Schmuckenschlager, solle weitestgehend verzichtet werden. Nur konkrete Informationen über umgesetzte Hilfsaktionen können auch auf Facebook verbreitet werden.

Wichtig sei dagegen, sich mit Gemeinden, die viel Erfahrung in der Aufnahme von Flüchtlingen haben, auszutauschen. Auch bereits bestehende Netzwerke zu Partnerstädten sollen zum Erfahrungsaustausch genutzt werden.

Eine essentielle Erkenntnis für den Bürgermeister war, dass die Bevölkerung oft anders denkt als die Spitzen der Parteien glauben. Die Hilfe der Klosterneuburger Bürgerinnen und Bürger war oftmals überwältigend – nicht nur als Soforthilfe durch Kleiderspenden, sondern bei der langfristigen Integration der Flüchtlinge. Als nächsten Schritt will die Gemeinde Freiwilligen eine Supervision anbieten.

Geschichte 4: Lech, Bezirk Bludenz, VBG

- Bürgermeister: Ludwig Muxel
- EinwohnerInnen: 1500, Flüchtlinge: 29
- Website der Gemeinde: <http://gemeinde.lech.eu/>

Arbeit ist die beste Integration

Die Gemeinde Lech bot 2014 Bund und Land an, Flüchtlinge in einer Gemeindewohnung aufzunehmen. Es dauerte länger als ein halbes Jahr, bis im Jänner 2015 die ersten Asylwerber, drei syrische Brüder, in Lech ankamen. Trotz des Empfangs mit offenen Armen, so Bürgermeister Ludwig Muxel, wollten die Asylwerber, als sie offiziell Asyl erhielten, aber lieber mit ihren Verwandten in Wien leben; sie verließen Lech im Juni. Im Sommer kamen weitere syrische Flüchtlinge, denen Hoteliers Unterkünfte in Mitarbeiterhäusern anboten, die nur im Winter benötigt werden. Insgesamt leben nun 29 männliche syrische Flüchtlinge in Lech, drei davon in der Gemeindewohnung.

Integration der Bosnienflüchtlinge als Vorbild

1992, bei der großen Flüchtlingswelle während des Kriegs im damaligen Jugoslawien, nahm Lech 90 Menschen aus Bosnien-Herzegowina auf. Sie lebten im Pfarrgebäude, trotz teils schwerer Widerstände der Nachbarn, die die Neuankömmlinge Tschuschen nannten. Damals erleichterte allerdings die rechtliche Situation die Integration der Flüchtlinge: Sie durften arbeiten. Neben der Pfarre war damals der Bauhof der wichtigste Partner der Gemeinde. Man konnte die Bauhof-Verantwortlichen davon überzeugen, dass eine erfolgreiche Integration der Flüchtlinge nur durch ihre Beschäftigung zu erzielen wäre. Heute seien einige der ehemaligen Flüchtlinge ein nicht mehr wegzudenkender Teil der Gemeinde, sagt Bürgermeister Muxel.

Die Religionszugehörigkeit der Bosnienflüchtlinge war damals nie ein Problem, weder für die Pfarre noch für die Flüchtlinge – entgegen manch verbreiteter Meinung, dass Hilfe durch eine andere Glaubensrichtung nicht erwünscht sei. Die Pfarre war die erste Anlaufstelle für die Integration, sie unterstützte die Flüchtlinge bei Fragen der Wohnraumbeschaffung und vielen anderen Angelegenheiten. Der Pfarrer sowie ein ortsansässiger Psychologe boten den traumatisierten Flüchtlingen auch psychologische Betreuung an.

Im Vergleich zu 1992 hätte sich einiges verändert, stellt Muxel fest. Der gravierendste Unterschied sei, dass die Flüchtlinge nicht arbeiten dürfen.

Heute müssen auch die neuen Kommunikationstechnologien bei der Betreuung von Flüchtlingen unbedingt mitgeplant werden. Die Flüchtlinge benötigen einen Internetzugang, um mit ihren Familien in Kontakt zu bleiben und Nachrichten aus der Heimat zu empfangen.

Um ein funktionierendes Gemeindeleben zu sichern, sollten die Flüchtlinge sobald wie möglich Sprachunterricht erhalten. Derzeit finden in Lech Deutschkurse an drei Nachmittagen pro Woche statt. Auch Kurse und Veranstaltungen, in denen interkulturelle Differenzen geklärt werden, sind notwendig – zu den möglichen Differenzen zählen die Mülltrennung und die Straßenverkehrsordnung sowie die gesellschaftliche Stellung von Frauen. Auch über Naturgewalten wie Lawinen oder Hochwasser muss gerade in Lech informiert werden.

Wichtig ist auch, den Asylwerbern Mobilität zu ermöglichen. Die Gemeinde muss klären, welche Mobilitätsangebote, aber auch andere öffentlichen Einrichtungen sie den Flüchtlingen kostenlos gewähren kann und ob es ausreichend ist, nur alte Fahrräder zu sammeln und zur Verfügung zu stellen.

Grundsätzlich sei die positive Einstellung der Gemeindeverantwortlichen gegenüber den Flüchtlingen entscheidend dafür, ob das Zusammenleben gelinge, so Bürgermeister Muxel. Sorgen der Bevölkerung seien natürlich ernst zu nehmen und anzusprechen. Wenn bei einer großen Einführungsveranstaltung die Flüchtlinge die Möglichkeit haben, ihr Schicksal zu schildern, steigere dies die Toleranz und das Verständnis der Bevölkerung.

Geschichte 5: Zirl, Bezirk Telfs, Tirol

- Bürgermeister: Josef Kreiser
- EinwohnerInnen: 7.900; Flüchtlinge: 90-110
- Website der Gemeinde: <http://www.zirl.at/marktgemeinde/>
- Website über das Flüchtlingsheim: <http://www.asyl-in-tirol.at/tirols-fluechtlingsheime/fh-zirl>

Viel Erfahrung

Auch früher schon waren Gemeinden damit konfrontiert, dass ihnen sehr kurzfristig Flüchtlinge zugeteilt wurden. Diese Erfahrung machte Zirl 2002. Ein ehemaliges Firmengebäude wurde als Flüchtlingsheim adaptiert. Seither leben in dem Heim zwischen 90 und 110 Flüchtlingen. Nur dank rascher Einbindung der Zivilgesellschaft war die Situation in der Anfangsphase zu bewältigen, sagte Bürgermeister Josef Kreiser. Die Bürger waren grundsätzlich sehr positiv eingestellt, einige Freiwillige kümmerten sich sofort und intensiv um die Flüchtlinge. Seither wird die Bevölkerung regelmäßig zu „Together Festen“ ins Heim eingeladen, die Flüchtlinge bereiten Speisen zu und bewirten die Gäste. Es ist gelungen, viele Flüchtlinge aktiv in das Gemeindeleben einzubinden. Circa 30 Flüchtlinge werden geringfügig im Gemeindedienst beschäftigt, für Tätigkeiten von Müllräumung bis zu Kinderbetreuung und Hilfe im Schwimmbad. Das Zusammenleben werde generell als sehr positiv wahrgenommen, sagt Kreiser. Vor allem die Vereine bemühten sich, die Asylwerber in das Alltagsleben einzubinden. Auch im Rahmen der Pfarre hat sich eine Gruppe sehr aktiver Bürgerinnen und Bürger mobilisiert. Da sich alle Helfenden so gut selber organisieren, sei es für die Gemeinde nicht mehr notwendig, als Vermittler aufzutreten.

Geschichte 6: Alberschwende, Bezirk Bregenz, Vorarlberg

- Bürgermeisterin: Angelika Schwarzmann
- EinwohnerInnen: 3.200 Einwohner
- Flüchtlinge: 21

Dorf gegen Unmenschlichkeit

Bereits im Sommer 2014 wollte die Bürgermeisterin von Alschwende, Angelika Schwarzmann, Flüchtlingsquartiere bereitstellen. Es gab freie Wohnungen im Besitz der Gemeinde, darunter eine Notwohnung, für die kein Bedarf mehr bestand. Alberschwende bot dem Land die Quartiere an – in der Hoffnung, zwei oder drei Familien aufnehmen zu können.

Die Flüchtlinge kamen schließlich Ende Jänner 2015, mitten in der Nacht. Allerdings waren es acht syrische Männer, nicht die erwarteten Familien.

Die Bürgermeisterin empfing die Flüchtlinge. Einen Tag später besuchte die Tochter der Bürgermeisterin die Flüchtlinge in ihrem Quartier, um zu fragen, wie es ihnen ginge. Sie wurde eingeladen, zum Essen zu bleiben. Vorher hatte Angelika Schwarzmann mit ihrer Tochter noch debattiert, ob der Besuch nicht vielleicht unpassend wäre – doch im Nachhinein betrachtet war es genau das Richtige.

Viele Alberschwender begannen, sich um die acht jungen Männer zu kümmern und waren ihrerseits von deren Gastfreundschaft überwältigt. Die Flüchtlinge übernahmen Arbeiten in der Gemeinde, etwa den Generalputz des großen Dorfsaals und die Renovierung der Jugendräume. Der Pfarrer lud die Asylwerber in den Sonntagsgottesdienst. Bei der Gemeinderatswahl im März 2015 verteilten die Flüchtlinge selbstgebackene syrische Spezialitäten.

Die Flüchtlinge bekamen dadurch auch für jene Teile der Bevölkerung, die eher distanziert waren, ein Gesicht, so die Bürgermeisterin.

Binnen kurzem standen allerdings die rechtlichen Probleme der Asylwerber im Mittelpunkt. Nur drei der acht Flüchtlinge hatten eine weiße Karte bekommen, die ein Asylverfahren in Österreich ermöglichte. Fünf Flüchtlinge hatten eine grüne Karte erhalten, die besagte, dass gemäß dem Dublin-Abkommen der EU ein anderes Mitgliedsland für das Asylverfahren zuständig sei – bei vier Männern war es Ungarn, bei einem Italien. In der Folge erhielten diese Flüchtlinge einen Abschiebebescheid.

Je klarer den engagierten GemeindebürgerInnen die rechtliche Situation ihrer Gäste wurde, desto größer wurde ihr Unverständnis. Warum wurde die Gemeinde beauftragt, Flüchtlinge aufzunehmen und sie zu integrieren, um sie kurze Zeit später wieder der Gemeinde zu entreißen?

„Ziviler Gehorsam“ gegen die Bundesbehörden

Bürgerinnen und Bürger schlossen sich zur Initiative „Wir sind Asyl“ zusammen und verfassten ein fundiertes und viel beachtetes Manifest. Um die „neuen Mitbürger“ vor der drohenden Abschiebung zu schützen, wurde durch die AlberschwenderInnen der Status „Gemeindeasyl“ zum besonderen Schutz ausgerufen. Es sei ein Akt des „zivilen Gehorsams“, eine staatsbürgerliche Pflicht, „ihre“ Asylwerber gegen die eigenen Bundesbehörden zu schützen, da durch Verhaftung und Abschiebung Menschenrechte verletzt werden können und eine unmenschliche Vorgangsweise drohe. Bürgermeisterin Schwarzmann nahm mit dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl Kontakt auf und ließ alle rechtlichen Möglichkeiten prüfen. Parallel dazu wurde die Gemeinde über die rechtliche Situation der Asylwerber informiert.

Allerdings war nicht die gesamte Gemeinde den Flüchtlingen gegenüber positiv eingestellt, es gab auch Ablehnung. In der Nacht auf den Ostermontag rissen betrunkene Jugendliche das Transparent „Wir sind Asyl“ von einem Gebäude, und spätnachts wurde auch die Unterkunft der Asylwerber angegriffen. Doch zum Glück hatte der Kulturverein bereits eine Vor-Ort Betreuung eingerichtet; jede Nacht schliefen zwei Person aus dem Dorf bei den Flüchtlingen. So konnte ein Dorfbewohner den Aufruhr vor dem Haus und den versuchte Einbruch rasch stoppen.

Der Vorfall erregte allerdings große mediale Aufmerksamkeit. Und er machte einen Riss innerhalb der Gemeinde deutlich. Offenbar wollten einige die Flüchtlinge nicht. Es war eine schwierige Zeit für die Gemeinde. Doch die Auseinandersetzung führte dazu, dass sich noch mehr AlberschwenderInnen für die Flüchtlinge zu engagieren begannen. 420 Personen unterzeichneten schließlich die Petition für ein faires Asylverfahren, eine geplante Telefonkette im Falle einer Abschiebung wuchs auf 150 Personen.

Der Ernstfall trat Mitte Mai ein. Ein Polizeieinsatz mit einer sehr großen Anzahl von Beamten sollte einen der Asylwerber zur Abschiebung abholen. Doch der gesuchte Mann war nicht anzutreffen. Über den nach dem Einsatz erstellten Polizeibericht gab es den nächsten Zwist, da er, so die Bürgermeisterin, fehlerhaft war. Angeblich hätte es die Aussage gegeben, Mohammed wäre seit der Zustellung des Abschiebebescheides nicht mehr im Haus anzutreffen gewesen. Dies stimmte nicht, stellte der Kulturverein fest, der Mann sei in Alberschwende gemeldet, man sehe ihn jeden Tag.

Die Kommunikation mit den Behörden gestaltete sich als sehr schwierig. Schließlich wurde durch das Innenministerium ein Treffen veranlasst, bei dem Vertreter des BFA, der Landespolizeibehörde und VertreterInnen von „Wir sind Asyl“ anwesend sein sollten. Die Flüchtlinge wurden vom Ministerium ausdrücklich eingeladen - als „gute Geste“. Trotz dieser vom Ministerium ehrlich gemeinten Geste wurde in den Behörden die Verhaftung und Abschiebung direkt nach dem Treffen angeordnet! Dass diese unsägliche Hinterlist nicht aufging, war dem „Kommissar Zufall“ zu verdanken; wohl auch der Anwesenheit zahlreicher UnterstützerInnen von „Wir sind Asyl“, die sich am Dorfplatz in Alberschwende zur Begrüßung der zwei Beamten - aber auch zum Schutz der Bedrohten - versammelten.

Als Folge dieser eigenwilligen Vorgangsweise stellte schließlich der Pfarrer die fünf von Abschiebung bedrohten Männer unter den besonderen Schutz der Pfarre. Sie übersiedelten in ein Haus der Kirchengemeinde und standen nun unter dem persönlichen Schutz des Pfarrers.

Ende Juni lief die sechsmonatige Frist ab, binnen deren die Asylwerber nach Ungarn oder Italien abgeschoben werden hätten können. Einige der Asylwerber erhielten bereits einen positiven Asylbescheid und sind nun auf Wohnungssuche in Alberschwende. Mittlerweile hat die Gemeinde neue Flüchtlinge aufgenommen.

Den Flüchtlingen ein Gesicht geben

Was ist das Besondere in Alberschwende? Die Bürgermeisterin übernahm die Kommunikation mit Polizei und dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, sie war aber auch die Vertrauensperson und Rechtsvertreterin der Flüchtlinge, die sie bei einem Polizeieinsatz kontaktieren konnten.

Viele Bürgerinnen und Bürger gingen ein Risiko ein und übernahmen Verantwortung für die Flüchtlinge, integrierten sie sofort in das Gemeindeleben und „gaben ihnen ein Gesicht“. Menschlichkeit war das oberste Gebot, und wenn staatliches Handeln dieser Menschlichkeit widersprach, widersetzten sich die Bürger mit einer Hartnäckigkeit, die die Behörden wohl überraschte.

Geschichte 8: Perchtoldsdorf, Bezirk Mödling, Niederösterreich

- Bürgermeister: Martin Schuster
- EinwohnerInnen: 17.000

Entwicklung der Privatinitiative „Flüchtlingsnetzwerk Perchtoldsdorf“

Die Gemeinde umfasst 15.000 Einwohner (mit Nebenwohnsitzen 17.000), grenzt unmittelbar an den 23. Wiener Gemeindebezirk und hat sehr hohe Grundstückspreise und Kaufkraft. Kurz vor Weihnachten 2014 hat sich ein Netzwerk an engagierten BürgerInnen an den Bürgermeister mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Ihr Motto: „Wir wollen helfen“.

Anfangs wurden in Kooperation mit den Pfarren 5 Wohnungen für Flüchtlinge gefunden. Mittlerweile hat die Initiative „Flüchtlingsnetzwerk Perchtoldsdorf“ 100 Personen aus Flüchtlingsfamilien aus Armenien, Afghanistan, Irak, Russland und Nigeria privat untergebracht. Manche Familien sind akademisch ausgebildet (Gynäkologe, Pharmazeutin) andere kommen aus einfachen Bildungsverhältnissen.

Der ersten Einladung zum Flüchtlingsnetzwerk Perchtoldsdorf waren 200 Menschen gefolgt, von denen 190 bereit waren zu helfen. Im Internet wurde davor ein Shitstorm gegen die Initiative entfacht. Unabhängig davon haben sich immer mehr BürgerInnen gefunden die helfen. Mitglieder der Flüchtlingsinitiative sprechen auf Einladung in anderen Gemeinden und können so eventuelle Ängste und Vorurteile vorwegnehmen. Sie informieren über Angebote und darüber, was gebraucht wird. Zur Ausweitung auf den ganzen Bezirk Mödling (120.000 Einwohner) wurden zum „Flüchtlingsgipfel“ die BürgermeisterInnen anderer Gemeinde eingeladen um Basisinformationen zu teilen, zuständige Personen kennenzulernen und Problemfälle zu besprechen.

Die Integration gelingt sehr gut. Fünf mal die Woche wird von einem Pool aus mehreren pensionierten Mittelschul/GymnasiallehrerInnen abwechselnd Deutschunterricht gegeben und Perchtoldsdorfer Familien koordinieren sich um die Flüchtlingsfamilien regelmäßig zu besuchen. Einige Flüchtlinge aus Syrien wurden von der Polizei zu Schülerlotsen ausgebildet. Die Tätigkeit macht die Menschen für die Perchtoldsdorfer sichtbar. Probleme im Alltag werden durch Kommunikation geklärt - Mülltrennung ist beispielsweise in den Herkunftsländern nicht üblich. Mit einem großen Fest mit syrischer Küche hat sich die Flüchtlingsgemeinschaft bei den Helferinnen und Helfern bedankt.

Der Bürgermeister bemüht sich generell Mut und Kraft zu geben sowie der Überlastung Einzelner vorzubeugen. Er sorgt auch für Verständnis in der Verwaltung und setzt sich auf Landesebene für Subventionen zu einzelnen Vorhaben ein. Weiters sorgte er für die Bereitstellung einer Halle am Bauhof. Menschen mit entsprechender Einstellung werden in der Verwaltung mit Projektunterstützung betraut. Um Angst und Vorurteilen entgegenzuwirken, werden regelmäßige Gemeindeabende organisiert, für Probleme im Zusammenleben gibt es konkrete Ansprechpersonen. Generell ist die Gemeinde der zentrale Knotenpunkt der Kommunikation, welcher auch als Puffer zwischen Verwaltung und Flüchtlingen dient. Die Ausgaben werden aus einem transparenten „Spendenbudget“ gedeckt, und nicht aus dem ordentlichen Haushalt.

Geschichte 9: Bad Erlach, Bezirk Neunkirchen, Niederösterreich

- Bürgermeister: Bürgermeister Johann Rädler
- EinwohnerInnen: 2900; Flüchtlinge: 15
- Website der Gemeinde: www.baderlach.gv.at

Hasspostings ignorieren

Johann Rädler hatte sich bereits in den 1990er Jahren, als er noch Gemeinderat war, in der Rumänienhilfe engagiert und Hilfslieferungen organisiert. 1993 nahm die Gemeinde 60 Flüchtlinge aus Bosnien auf. Sie waren zuerst in der Schule einquartiert, später konnten sich die meisten ehemaligen Flüchtlinge in die Gemeinde integrieren. Heute herrscht leider bei vielen Menschen eine andere Einstellung vor als damals, meint Bürgermeister Rädler. Das will er aber nicht so einfach hinnehmen.

Im Juni 2015, als die Suche nach Quartieren für Asylsuchende in ganz Österreich immer dringlicher wurde, stellte Rädler bei einer Gemeinderatssitzung die Frage, was denn die Gemeinde für Flüchtlinge tun könnte, wo es eine mögliche Unterkunft gäbe. Zuerst, so Rädler, kam von einigen die Antwort: „Warum wir? Was sollen wir tun?“ Doch dann beschloss der Gemeinderat einstimmig, in der Gemeinde 15 Flüchtlinge aufzunehmen. In einer Postwurfsendung an die Bevölkerung, mit dem Logo

der drei im Gemeinderat vertretenen Parteien, bat der Bürgermeister die Bürgerinnen und Bürger um Sachspenden und finanzielle Unterstützung – aber auch um Haltung. „Ich weiß, dass es Gemeindegänger geben wird, die diese Hilfe ablehnen und mich für das, was ich da mache, kritisieren werden. Es war und bleibt aber meine Grundeinstellung – auch wenn der Sturm entgegen bläst, wird die Vernunft am Ende siegen. Daher werde ich mich auch von polemischen Wortmeldungen nicht von diesem Vorhaben abbringen lassen und meinen Weg der Mitmenschlichkeit weitergehen.“

Medien schüren oft Ängste

Die negativen Reaktionen zeigten sich vor allem in Hasspostings auf Facebook. Ängste seien natürlich ernst zu nehmen, sagte der Bürgermeister, aber man dürfe sich keinesfalls davon irritieren lassen. Er stand zu seiner Überzeugung, dass jede Gemeinde ihren Beitrag zur Lösung der Flüchtlingskrise leisten solle. Eine offene Kommunikation in alle Richtungen sei ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Mit einer „Wir werden es schaffen“-Haltung wollte er ein Feuer der Hilfsbereitschaft von einer Gemeinde zur anderen entfachen. Parteipolitik dürfe dabei keine Rolle spielen. Haltung zu zeigen koste keine Wählerstimmen, ist Radler überzeugt. Die direkte Kommunikation mit den Menschen funktioniere dabei oft besser als nach außen. Medien, so seine Erkenntnis, schüren oft Ängste.

Geschichte 10: Neudörfel, Bezirk Mattersburg, Burgenland

- Bürgermeister: Dieter Posch
- EinwohnerInnen: 4.400; Flüchtlinge: 56
- Website der Gemeinde: www.neudoerfl.gv.at

Asylwerbern und Flüchtlingen zu helfen hat für die nordburgenländische Gemeinde Tradition. Seit 1989 betreut die Caritas im „Haus Sarah“ Asylsuchende. In den 1990er Jahren waren es hauptsächlich Kriegsflüchtlinge aus Jugoslawien. Vor zwei Jahren wurde das denkmalgeschützte Gebäude generalsaniert und so umgebaut, dass nun 30 unbegleitete minderjährige Flüchtlingen betreut werden können. Dazu kommen noch Familien, derzeit sind es 26 Erwachsene und Kinder.

Den Flüchtlingen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben ist das Motto von Bürgermeister Dieter Posch. Über die Caritas erhalten die Flüchtlinge Arbeit – das sei eine Win-win-Situation für alle. Die Flüchtlinge werden von Betroffenen – von Menschen, für die jemand arbeitet – zu Beteiligten, die für sich selber sorgen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Die Flüchtlinge wollen in der Regel etwas tun. Es sei Aufgabe der Politik, sie nicht zu passivieren, forderte Posch. Er plädiere seit langem dafür, das Arbeitsverbot für Asylsuchende aufzuheben.

Sich dem Stammtisch stellen

Die mangelnde Solidarität auf Landes- und Bundesebene sei das größte Problem. Natürlich gäbe es auch Probleme auf Gemeindeebene – etwa, als sich eine Mutter beschwerte, dass Flüchtlingskinder keine Beiträge für den Kindergarten zahlen müssten. Posch führte mit ihr ein offenes, direktes Gespräch, und die Mutter wurde schließlich zu einer Befürworterin der kostenlosen Teilnahme von Flüchtlingskindern. Ganz allgemein sei es wichtig, die sozial Schwächeren am Stammtisch oder in Einzelgesprächen gut zu informieren und die Angstmacherei durch Medien oder Politiker zu

bekämpfen. „Ich lasse die Leute die Antworten selber erforschen“, erklärte Posch seine pädagogische Vorgehensweise.

Viel zum Gelingen des Zusammenlebens tragen jene ehemaligen Flüchtlinge bei, die Neudörfel als ihre neue Heimat gewählt haben und hier arbeiten.

Kritiker sollten eingebunden werden, riet der Bürgermeister. Er habe die Begegnung mit den Bürgern nie gescheut, er habe die Kommunikation an der Basis, am Stammtisch, am Sportplatz, nach der Messe etc. gesucht.

Bei den Diskussionen um Flüchtlinge sollten auch die Chancen und Möglichkeiten hervorgehoben werden, die eine Gemeinde erhält, wenn sie Flüchtlinge betreut. Dazu zählen auch die Arbeitsplätze, die geschaffen und erhalten werden, sowie bestehende Infrastruktur, die sinnvoll genutzt wird. In Neudörfel konnte dadurch das denkmalgeschützte Gebäude, in dem die Flüchtlinge wohnen, erhalten werden.

Das Wichtigste sei, so Dieter Posch, den Mut zu haben, sich selbst treu zu bleiben. Kein Parteisklave zu sein. Und Hierarchien manchmal bewusst zu ignorieren.

Geschichte 11: Horn, Bezirk Horn, Niederösterreich

- Bürgermeister: Jürgen Maier
- EinwohnerInnen: 6.500; Flüchtlinge: 135
- Website der Gemeinde: www.horn.gv.at;
- Protokolle des Flüchtlingsbeirats: <http://www.horn.gv.at/index.php/Neues/Horner-Fluechtlingsbeirat.html>
- Initiative zur Unterstützung von Flüchtlingen: <http://willkommenmenschinhorn.jimdo.com/>

Überschaubares Heim statt Massenquartier

Am 19. Mai 2015 löste eine via APA verbreitete Information von Verteidigungsminister Gerald Klug Entrüstung in der Waldviertler Gemeinde aus. Dem Innenministerium wurde in der Kaserne in Horn ein Quartier für 400 Flüchtlinge angeboten. Empört war man über die hohe Anzahl von Flüchtlingen an einem einzigen Ort. Überdies wurde die Kaserne noch genutzt, auch wenn die Schließung schon seit längerem im Raum stand. Auch verstörte die Art und Weise, wie eine so wichtige Angelegenheit kommuniziert wurde: über die Medien. Die Stimmung im Ort an jenem Tag war aufgeladen, schilderte Bürgermeister Jürgen Maier. Prompt gründete noch am selben Tag jemand eine Facebook-Gruppe mit dem Namen „Nein zum Groß-Asylheim in Horn“.

„Wir helfen gerne, aber nicht mit einem Massenquartier als Dank dafür, dass man die Kaserne zusperrt“, sagte Maier in einem Interview mit dem „Standard“. Man wolle sich nicht der Hilfe für Flüchtlinge verschließen, „aber nicht auf diese Art und Weise“. Der Bürgermeister berief alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zu einer Dringlichkeitssitzung. Man beschloss, eine alternative Lösung anzubieten: Statt 400 Asylsuchenden sollten nur 100 kommen, die in einem ehemaligen Pflegeheim untergebracht werden konnten, das seit dem Neubau des Heims leer stand. Weitere Flüchtlinge sollten in kleinen Privatquartieren unterkommen können. Die Eigentümer der Immobilie

stimmten zu, den geplanten Verkauf zu verschieben und auch vom Innenministerin kam das Okay zum Vorschlag der Gemeinde.

Innerhalb weniger Tage formierte sich eine Gegenbewegung zur Facebook-Gruppe: die Initiative „Willkommen Mensch“. Die engagierten Bürgerinnen und Bürger bildeten das konstruktive Gegengewicht zu den hinter der Facebook-Gruppe stehenden Personen. Für die allgemeine Bevölkerung trat damit eine zweite Meinungsgruppe klar umrissen in Erscheinung. Damit verbunden war auch Öffentlichkeitsarbeit an Stammtischen sowie in sozialen Netzwerken, sodass das Feld nicht destruktiven Elementen überlassen wurde. Ein großer Vorteil war die Überparteilichkeit von Willkommen Mensch, wodurch klassische politische Einteilungen nicht mehr anwendbar waren.

Am 10. Juni stellten Bürgermeister, Caritas, „Willkommen Mensch“ und die in Horn vertretenen Glaubensgemeinschaften (katholisch, evangelisch, muslimisch) das Flüchtlingsprojekt der Bevölkerung in einer Informationsveranstaltung vor, an der 400 Horner Bürgerinnen und Bürgerinnen teilnahmen.

Einige Tage später konstituierte sich der Flüchtlingsbeirat, der von allen Gemeinderatsfraktionen einstimmig beschlossen worden war. Mitglieder sind die Fraktionsobleute, Vertreter der Bezirkshauptmannschaft, der Polizeikommandant, der Verein Willkommen Mensch und die Glaubensgemeinschaften. Die Protokolle der Sitzungen werden über die Website der Gemeinde öffentlich zugänglich gemacht.

Die ersten Flüchtlinge zogen Ende Juni in das Heim ein, mittlerweile wohnen dort 110 Menschen. Willkommen Mensch organisierte Deutschkurse, Freizeitangebote, Dolmetscher für Behörden oder Arztbesuche und vieles mehr.

Maximal zwei Kinder pro Klasse

Um die schulische Integration der Kinder zu erleichtern, setzte die Gemeinde gemeinsam mit den SchuldirektorInnen durch, dass maximal zwei Kinder ohne deutsche Muttersprache in einer Klasse sein sollten. Der Bürgermeister stützte sich bei dieser Festlegung auf persönliche Erfahrungen, wonach ab drei nicht-deutschsprachigen Kindern die Interaktion mit dem Rest der Klasse rapide absinke. Mit unterstützendem Förderunterricht lernten die meisten Schülerinnen und Schüler innerhalb von drei Monaten so gut Deutsch, dass sie sich gut mit der Klasse verständigen konnten.

Der Bürgermeister kümmerte sich bisher auch immer um gemeinnützige Beschäftigungen der Flüchtlinge, meist im lokalen Bauhof oder bei der Gemeinde. Sobald die Asylsuchenden einen positiven Asylbescheid hatten, war es besonders wichtig, dass sie in Arbeitskluft gesehen wurden, da es das Vorurteil des „Ausrastens in der sozialen Hängematte“ entkräftete. Wenn die Gemeinde einen Job vergab, wurde zuerst eine Bestätigung des Arbeitsmarktservice eingeholt, dass diese Stelle nicht von einem österreichischen Staatsbürger besetzbar war, um mögliche Vorwürfe eines „Arbeitsplatzraubs“ entkräften zu können.

Keinen Neid aufkommen lassen

Manchmal sei es auch nötig, zu starkes Helfen abzumindern, erzählte der Bürgermeister – um keinen Neid bei der hiesigen Bevölkerung aufkommen zu lassen. Als das Kammermusikfestival Horn einen Teil seiner Plätze für Flüchtlinge reservierte, empfahl der Bürgermeister, dies nicht in der Öffentlichkeit groß kundzutun, um eben eine Neiddebatte zu vermeiden. In anderen Fällen mussten Helfer gestoppt werden, welche die Kinder der Ankommenden mit teurem Markengewand

überhäufen wollten. Der freie Eintritt für Flüchtlinge im Freibad wurde nur dann gewährt, wenn die Jugendlichen Identifikationskarten vorweisen konnten. Ausnahmen wurden keine gemacht.

Oft ginge es darum, implizite Regeln und kulturelle Normen explizit zu erklären, sagte der Bürgermeister. Der Imam als Mitglied des Flüchtlingsbeirats sei hierfür ein wichtiges Bindeglied zwischen den Kulturen, um Missverständnisse aufzuklären. Als Kinder unbeaufsichtigt auf Spielplätzen spielten, half er zu vermitteln, was Aufsichtspflicht für Minderjährige bedeute. Auch die Straßenverkehrsordnung für RadfahrerInnen fand nach Berichten über „unverhältnismäßiges Gebaren im Straßenverkehr“ durch ihn Eingang in die muslimische Flüchtlingsgemeinde.

Um Reibungspunkte mit der Bevölkerung zu reduzieren, wurden neue Prozesse definiert, beispielsweise bei einem Anruf wegen Ruhestörung bei der Polizei. Regulär würde ein Streifenwagen zur Kontrolle ausgeschiedt. Nun wurde zuerst die in Frage kommende Familie telefonisch ermahnt. Dies ermöglichte es, Konflikte ohne offizielle Einsätze zu lösen und damit den Eindruck zu vermeiden, dass durch Flüchtlinge vermehrt Polizeieinsätze notwendig wären.

Als der Bademeister des lokalen Freibads beobachtete, dass Flüchtlinge in Unterwäsche schwimmen gingen und Menschen daran Anstoß nahmen, meldete er dies direkt dem Bürgermeister. Es stellte sich heraus, dass die Flüchtlinge keine Badkleidung besaßen, was einfach zu beheben war. Auch hier trug der schnelle Informationsfluss dazu bei, ein potentiell Problem früh zu erkennen und schnell zu lösen.

Asylfragen sind Chefsache

Willkommen Mensch widmete sich über den Flüchtlingsbeirat der Entkräftung von Online-Gerüchten. Wenn Behauptungen im Umlauf waren, dass es Diebstähle und Vandalismus gab, rief der Bürgermeister selber in den Geschäftslokalen oder bei der Polizei an. In allen Fällen konnten die Behauptungen als haltlose Propaganda entlarvt werden. Mitglieder von Willkommen Mensch stellten dies dann in den sozialen Netzwerken klar.

Für den Bürgermeister sind Verantwortungsgefühl, schneller Informationsfluss, klare Kommunikation nach innen und außen, proaktives Handeln und eine lösungsorientierte Herangehensweise an Konflikte die Erfolgsfaktoren in Horn. Generell gelte, dass auf Gemeindeebene das Asylthema Chefsache sei.

Im Übrigen sei die österreichische Mentalität gar nicht so schwer zu erlernen, meinte der Bürgermeister. Denn zu den ersten Wörtern, die die Neuankömmlinge in der Schule oder in der Arbeit lernen, gehört „passt scho.“ und: „Ois leiwand.“

Geschichte 14: Gutau, Bezirk Freistadt (Mühlviertel), Oberösterreich

- Bürgermeister: Josef Lindner
- EinwohnerInnen: 2700, Flüchtlinge: 40
- gemeinde@gutau.ooe.gv.at

Mitten in Gutau

Im November 2012 wurde Bürgermeister Josef Lindner von der Volkshilfe informiert, dass ein ehemaliges Gasthaus mitten in Gutau als Unterkunft für Flüchtlinge angemietet wird. Der Eigentümer

hatte das Haus dem Land Oberösterreich angeboten. Seit drei Jahren leben nun AsylwerberInnen in Gutau in einem Gebäude, das früher „das“ Gasthaus mitten am Platz war.

Frühzeitig alle einbeziehen

Damals, im Spätherbst 2012, trommelte Bürgermeister Lindner unverzüglich die GemeindevertreterInnen aller Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ) zusammen und informierte sie über die aktuellen Entwicklungen. Eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung wurde in der drauffolgenden Woche angesetzt. Bürgermeister Lindner besuchte umgehend alle Anrainer, um sie persönlich von dem Projekt zu informieren. Alle Parteien zogen an einem Strang und entsprachen der Bitte des Bürgermeisters, bis zur Veranstaltung Stillschweigen über die Angelegenheit zu bewahren. In der Informationsveranstaltung, durch die der Bürgermeister persönlich führte, informierte die Volkshilfe über ihr Betreuungsangebot für die zukünftigen Asylwerber in Gutau. Dem Aufruf des Bürgermeisters zu ehrenamtlichem Engagement folgten 30 Personen. Inzwischen hat sich ein stabiles, einfühlsames, engagiertes Team entwickelt, das durch eine hauptamtliche Betreuerin der Volkshilfe verstärkt wird, die außerdem ebenfalls ehrenamtlich zu den monatlichen Treffen kommt.

Vielfältige Unterstützungsangebote

In Gutau erfolgt die Koordination aller relevanten Anfragen und Aufgaben rund um das Asylwerberquartier durch den Bürgermeister. Die Gemeinde hat ein „Ehrenamtlichen-Budget“ erstellt, das vom zuständigen Gemeindemitarbeiter in der Gemeinde verwaltet wird. Durchschnittlich stehen € 1.500,- bis € 2.000,- zur Verfügung, was ausreichend ist. Mit dem Budget wird etwa die Mobilität der AsylwerberInnen unterstützt. Die Gemeinde hat ein Mobilitätskonto mit zwei amtlichen Fahrkarten eingerichtet (gesamt 229 €). Diese Karten können von den Flüchtlingen verwendet werden, denn die einfache Fahrt nach Linz (rund 8 €) ist für einen Asylwerber zu teuer. Wichtig ist Josef Lindner, dass die AsylwerberInnen die Verwendung der Karten selbst koordinieren. Von der Gemeinde wird pro Fahrt 1 € eingehoben. Dadurch kamen bis jetzt rund 98 €/Monat in die Gemeindekasse zurück.

In Gutau wird drei Mal pro Woche, im Ausmaß von 1,5 bis 2 Stunden, ein Deutschkurs angeboten, für den die Gemeinde einen Seminarraum zur Verfügung stellt. Als die Motivation der Lernenden nachließ, hat Bürgermeister Lindner persönlich motiviert und auf die Wichtigkeit des Erlernens der deutschen Sprache hingewiesen.

Gutau setzt die AsylwerberInnen für Tätigkeiten in der Gemeinde ein: beispielsweise für Rasenmähen, bei der Schneeräumung oder beim traditionellen jährlich abgehaltenen Färbermarkt. Freizeitangebote wie Volleyball, Fußball und zur Verfügung gestellte Fahrräder nehmen die Flüchtlinge sehr gern an. Die Gemeinde organisiert zwei Veranstaltungen im Jahr für die Flüchtlinge: ein Treffen mit der Bevölkerung und eine Wanderung.

Der Bürgermeister als Vorbild

Josef Lindner ist sich der Wichtigkeit seiner Vorbildrolle bewusst: ein bis zwei Mal pro Woche besucht er die Asylwerber in ihrem Haus. Zur Zeit des Adventmarkts machte er eine Ortsführung für die AsylwerberInnen, womit er auch sichtbar machte, dass er als Gutauer Bürgermeister hinter den neuen BewohnerInnen steht.

In der Gutauer Asylwerberunterkunft ist die Durchläuferquote hoch. Eine Herausforderung ist es, wenn es zu positiven Bescheiden kommt und die Gemeinde vor der Frage steht: Wie können Asylwerber gut in eine echte Integration begleitet werden? Hier fehlt noch eine ausgefeilte Strategie – diese zu entwickeln ist eine Aufgabe der nächsten Zukunft. Dann kommen andere Herausforderungen auf die Gemeinde zu. Die Menschen brauchen Arbeit und eine Wohnung. Die Kautionszahlung ist dabei oft die größte Hürde, hier haben Ehrenamtliche oftmals privat mit zinslosen Darlehen ausgeholfen. Die Gemeinde hilft auch damit, dass Hort- und Kindergartenplätze gratis angeboten werden. Manche Gutauer übernehmen auch Patenschaften für AsylwerberInnen.

Was hat zum Gelingen beigetragen?

Zentral ist rasche und breite Information und gute Kommunikation zu allen Seiten hin. Wesentlich sei auch die Einbindung aller Parteien von Anfang an und eine gute Zusammenarbeit mit den BetreuerInnen, zB von der Volkshilfe. Wenn es zu Kritik kommt, gilt es diese aufzugreifen und öffentlich darauf zu reagieren. Oft sind es Missverständnisse, aufgrund fehlenden Wissens, wie ein Beispiel kürzlich zeigte: Ein Asylwerber trat in den Hungerstreik, weil er das lange ohnmächtige Warten auf den Bescheid nicht mehr aushielt. Zufällig kam an genau diesem Tag der positive Bescheid. Hier war es wieder einmal wichtig zu erklären: Erstens dem Asylwerber, dass der Bescheid nicht aufgrund seines Hungerstreiks gekommen war; zweitens der Bevölkerung, warum dieser Mann mit Hungerstreik reagiert hatte.

Josef Lindner betont auch die Wichtigkeit von kleinen Wohneinheiten. Essentiell ist der große Einsatz von engagierten und einfühlsamen Ehrenamtlichen ohne die es nicht funktionieren würde. Wichtig ist ein stabiles Team, eine regelmäßige Struktur, ein Ehrenamt-Budget und – für die Zukunft angedacht – Supervision, damit die Engagierten, die für ihre Aufgabe brennen, nicht ausbrennen.

Geschichte 15: Rechnitz, Bezirk Oberwart, Burgenland

- Bürgermeister: Engelbert Kenyeri
- EinwohnerInnen: 3.200; Flüchtlinge: 120
- Website der Gemeinde: www.rechnitz.at

Flüchtlinge sind Tradition – seit Jahrhunderten

Bürgermeister Engelbert Kenyeri holte bei seiner Darstellung der Flüchtlingssituation in Rechnitz weit aus: von den Türkenkriegen bis zur Niederlassung von Kroaten und Juden und den evangelischen Christen, die während der Gegenreformation aus allen Teilen des Landes ins damalige Deutschwestungarn flüchteten. Auch in den vergangenen Jahrzehnten erreichten die Flüchtlingswellen den südburgenländischen Ort. Etliche der Ungarn und Ungarinnen, die 1956 aus ihrem Land flüchteten, haben sich in Rechnitz niedergelassen. Während des Jugoslawienkriegs nahm Rechnitz bis zu 400 Flüchtlinge auf – einige leben, längst eingebürgert, noch immer in Rechnitz. Seit den 1990er Jahren beherbergt Rechnitz beständig 40-60 Asylsuchende, das gehöre längst zur Gemeinde dazu und erregt keine besondere Aufmerksamkeit, schilderte Kenyeri.

Seit 2013 wohnen in einem von der Diakonie geführten ehemaligen evangelischen Jugendgästehaus rund 35 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, überwiegend Burschen aus Afghanistan. Darüber hinaus beherbergen Private Quartiergeber im Schnitt 10-20 Personen.

Derzeit leben rund 120 Asylsuchende in Rechnitz. Diese Verdoppelung an Asylsuchenden in der Gemeinde habe die Situation allerdings spürbar angespannt, sagte Kenyeri. Solange die Flüchtlinge nur ein bis zwei Prozent Anteil an der Bevölkerung hätten, gäbe es fast keine Probleme. Bei einem Anteil von drei bis vier Prozent mache sich aber in der Bevölkerung auch Unmut breit, da einige kommunale Einrichtungen sehr stark von den Migranten beansprucht würden, insbesondere Kinderspielplätze und Sportplätze. Das könne zu Spannungen führen.

Früher Flüchtlingskind, heute Rechnitzer

Immer wieder passiere es, dass sich einige, besonders ältere, Menschen kritisch gegenüber den Flüchtlingen äußerten. Dabei werde oft vergessen, dass einige Bürger, die heute alle ganz selbstverständlich als Rechnitzer sehen, als Kinder aus dem Kriegsgebiet in Jugoslawien geflüchtet waren. Dazu zählen ein junger Mann, der bei Begräbnissen regelmäßig das große Kreuz trägt, und ein Mittelfeldspieler des Rechnitzer Fußballklubs.

Der Bürgermeister beschrieb auch zwei Konflikte, die zu Handgreiflichkeiten führten.

Öffentlich bekannt wurde ein Vorfall im November 2014: Nach einem Discobesuch randalierten ein paar Betrunkene mitten in der Nacht vor einer Flüchtlingsunterkunft. Als einer der Asylwerber die Tür öffnete, um zu sehen, was los war, wurde er attackiert, es kam zu einer Rauferei, drei Personen wurden dabei verletzt. In einem Interview mit einer Lokalzeitung stellten sich jene Männer, die randaliert hatten, als Opfer der Asylwerber dar – erst in den Folgeartikeln wurde der wirkliche Tathergang klar.

Nicht öffentlich bekannt ist, dass es kürzlich auch unter den jugendlichen Asylwerbern zu einer Rauferei kam. Die jungen Afghanen im von der Diakonie betreuten Heim stammen aus unterschiedlichen Volksgruppen, unter denen es in Afghanistan immer wieder Konflikte gibt. Mit religiösen Konfliktherden hätten sich die BetreuerInnen und der Bürgermeister bereits auseinandergesetzt, von Konflikten aufgrund unterschiedlicher Volksgruppenzugehörigkeit seien sie überrascht worden.

Im Allgemeinen gäbe es allerdings nur wenige Konflikte, sagte der Bürgermeister. Da schon so lange Flüchtlinge im Ort leben, hätten sich die Dinge eingespielt. Einige Menschen im Ort seien sehr hilfsbereit, unterstützen die Flüchtlinge und arbeiten mit. Allerdings halte sich die Anzahl dieser Hilfsbereiten in Grenzen – das müsse man schon auch sagen.

Geschichte 16: Markt Hartmannsdorf, Bezirk Weiz, Steiermark

- Bürgermeister: Otmar Hiebaum
- EinwohnerInnen: 3.000, Flüchtlinge: 25 zum Zeitpunkt der Veranstaltung in Alpbach, mittlerweile
- 45 Asylwerber in drei räumlich getrennten Unterkünften
- <http://www.markthartmannsdorf.at/Fluechtlingshilfe.225.0.html>

Miteinander statt nebeneinander

Bereits seit mehr als zehn Jahren gibt es in Markt Hartmannsdorf Flüchtlinge. Sie wohnen in einem Mehrfamilienhaus im Ort, die Kinder gehen in die Schule und sind gut integriert. Die Quartierswirtin ist sehr rührig und hat sich immer stark für die Familien eingesetzt. Manchmal gab es Beschwerden wegen der Lautstärke, aber keine ernsthaften Probleme. Eine kurdische Familie, die vor zehn Jahren als Flüchtlinge in den Ort kam, hat vor einigen Jahren ein Gasthaus übernommen. Heute ist es eines der bestgehenden Lokale im Ort. Diese Erfolgsgeschichte zeigt der Bevölkerung, dass gute und rasche Integration möglich ist.

Der Pfarrer ergreift die Initiative

Vor kurzem hat sich die Gemeinde entschlossen, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Die Initiative ging vom Pfarrer aus. Er rief Bürgermeister Otmar Hiebaum an: „Was sagst du dazu, dass wir weitere Flüchtlinge aufnehmen? Sie könnten im Pfarrhaus wohnen.“ Beiden war klar, dass die Bevölkerung vorab ehrlich informiert werden muss. Im nächsten Pfarrblatt informierten der Pfarrer und der Bürgermeister gemeinsam über das Vorhaben und riefen die Bevölkerung zur Mithilfe auf. Sie hatten Erfolg. Eine Gruppe von Freiwilligen kümmert sich sehr aktiv um die 13 Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und Irak, die nun im Pfarrhaus wohnen. Sie kochen gemeinsam, haben den Pfarrgarten neu angelegt, stehen für Taxidienste zur Verfügung oder begleiten den einen oder anderen zum Arzt. Sie sind auch „die Brücke zur Ortsbevölkerung“.

Alle Flüchtlinge wurden von der Gemeinde unfallversichert. Regelmäßig erhalten sie Deutschunterricht. Damit sie mobiler sind, wurden ihnen gebrauchte Räder zur Verfügung gestellt, auch die Turnhalle wurde für sie geöffnet. Fallen in der Gemeinde Reparatur-, oder Reinigungsarbeiten an, werden sie geringfügig beschäftigt. Wichtig für das Gelingen ist für Bürgermeister Hiebaum, dass die Flüchtlinge in kleinen Einheiten untergebracht werden. „Das erhöht den Kontakt mit der Bevölkerung rundum und damit die Integration der Neuankömmlinge.“ Auch die Schule sei ein wichtiger Integrationsfaktor. „Die Kinder haben schnell Kontakt untereinander und die Eltern damit auch.“ Damit werde „Ghettobildung“ vermieden.

Mit „Fingerspitzengefühl“ vorgehen

Was macht in Markt Hartmannsdorf den Erfolg aus bei der Flüchtlingsunterbringung? Der Bürgermeister und die Vizebürgermeisterin stehen öffentlich zu ihrer humanitären Verantwortung und scheuen auch nicht das Gespräch mit Menschen, die das anders sehen.

Gibt es Probleme oder Beschwerden wegen Lärm, wird nicht gleich die Polizei im Polizeiauto zum Haus geschickt. Das hilft Gerüchte und Gerede zu vermeiden. Bürgermeister Hiebaum: „Das regeln wir mit ‚Fingerspitzengefühl‘.“ Die Polizei ruft in der Flüchtlingsunterkunft an und bespricht die Situation mit der einheimischen Kontaktperson im Haus. Das funktioniert reibungslos. Und nicht zuletzt sichern die Freiwilligen aus dem Ort mit ihrem Engagement, dass die Flüchtlinge rasch ins Alltagsleben in Markt Hartmannsdorf hineinfinden.

Geschichte 17: Kaltenbach, Bezirk Schwaz, Tirol

- Bürgermeister: Klaus Gasteiger
- EinwohnerInnen: 1.271, Flüchtlinge: 4
- www.kaltenbach.at
- www.fluechtling.org

Offensiv pro Flüchtlinge

Neun Menschen gründeten im Februar 2014 den Verein "Freundeskreis Flüchtlingsheim Landhaus St. Gertraudi", „um die Begegnung von Flüchtlingen und Tiroler Bevölkerung zu ermöglichen und zu fördern“, so die Website der Initiative. Sie wollten einen Beitrag leisten, um die Haltung der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen positiv zu verändern, Möglichkeiten der Integration zu schaffen und den oftmals negativen Vorurteilen entgegenzuwirken. Der Kaltenbacher Bürgermeister Klaus Gasteiger ist Obmann des Vereins. Die Gründung des Vereins sei ein bedeutender Schritt im Funktionieren des Miteinanders gewesen, schilderte Gasteiger. Im ehemaligen Gasthaus 'Landhaus St. Gertraudi' in der Gemeinde Reith i. Alpbachtal, Ortsteil St. Gertraudi sind seit vielen Jahren ca. 60 Flüchtlinge untergebracht. Zwei Personen sind für die Betreuung bei der Tiroler Soziale Dienste Gmbh angestellt, der Verein koordiniert unter anderem die Freiwilligen Helfer. Ziel ist, Menschen für eine möglichst stabile und langfristige Mitarbeit zu finden. Einmal pro Monat wird ein Abend für Ehrenamtliche veranstaltet – dabei gehe es darum, sich auszutauschen und Neues kennenzulernen. Die Mitarbeit vieler Menschen und auch die Einbindung ehemaliger „Gegner“ des Heims hätten zum Gelingen des Projekts beigetragen, sagte der Obmann. Die klare Verteilung der Aufgaben und der Verantwortung erleichterte die Organisation.

Die Gründung des Vereins habe vorher bestehende Konflikte entpolitisiert, so Gasteiger. Nun arbeite man gemeinsam an einer Verbesserung der Situation. Durch den Verein spannen die Mitglieder weitere Netzwerke, zu den Serviceclubs und andere Vereine und Organisationen, was u.a. Spenden und weitere UnterstützerInnen bringe.

Kommunikation über Facebook

Wichtig war natürlich die Kommunikation nach außen. Kurz nach der Gründung wurde bereits die Website www.fluechtling.org erstellt, die Kommunikation mit Interessierten findet u.a. über Facebook statt. Die Vereinsgründung sei ein Türöffner in der Kommunikation zwischen „drinnen“ und „draußen“ gewesen. Der langfristige Erfolg der Initiative zeige sich auch darin, dass ehemalige Bewohner, die nun selbstständig leben, auch weiterhin mit dem Haus und dem Verein in Kontakt bleiben und Flüchtlinge unterstützen. Sie seien dankbar für das, was sie erhielten und möchten etwas „zurückgeben“, indem sie die neuen Flüchtlinge unterstützen. Ein gelungenes Miteinander ist möglich, betonte Gasteiger. Essenziell sei, die Bevölkerung einzubinden und von der Sache zu überzeugen. Das Haus St. Gertraudi habe schließlich auch gezeigt, dass Christen und Muslime problemlos miteinander leben können.

D. ADRESSEN, LINKS UND LITERATUR

Allgemeine Informationen zur Asyl & Integration

- Asylkoordination - umfassende Informationswebsite zum Thema Asyl und Flüchtlinge
<http://www.asyl.at/>
- Caritas Wien – umfassende Informationen zu Asyl und Integration (Beratung, Ausbildung, Wohnen, Miteinander & Vernetzung, Mediation etc.)
<https://www.caritas-wien.at/hilfe-angebote/asyl-integration/>
- Grundbegriffe - UNHCR <http://www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/fluechtlingsland-oesterreich/questions-and-answers/asylsuchende-in-oesterreich.html>
- Flüchtlinge in Zahlen – global, EU, Österreich: <http://mokant.at/1506-fluechtlings-zahlen-asyl-werber-quote-oesterreich/>

Informationen zu Asyl für Flüchtlinge

- Informationsbroschüren für Asylwerber in verschiedenen Sprachen:
http://www.noe.gv.at/Gesellschaft-Soziales/Soziale-Dienste-Beratung/Fluechtlingshilfe/Informationsbroschueren_fuer_Asylwerber.html

Rechtliches und Fakten

- Das Asylverfahren – Übersichtsgrafik
<http://umf.asyl.at/files/asylgrafik2014.pdf>
- Dein Asylverfahren in Österreich (für Kinder und Jugendliche unter 18), in D und E
http://www.unhcr.at/fileadmin/user_upload/dokumente/02_unhcr/in_oesterreich/UNHCR_Broschuere_deutsch_englisch_2014_WEB.pdf
- Volkshilfe – Faktensammlung und Forderungen Asyl & Migration
http://www.volkshilfe.at/images/content/files/03_Faktensammlung%20Asyl%20Migration.pdf
http://www.volkshilfe.at/images/content/files/04_Forderungen%20Asyl%20Migration.pdf
- Allgemeine Informationen und Asylverfahren -
Bundesamt für Fremdwesen und Asyl <http://www.bfa.gv.at/>
- Dublin II Verfahren - LEX Europa <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:180:0031:0059:DE:PDF>

Beratungs- und Informationsstellen

- Österreichweiter Überblick (Rechtsinformation, Beratung in Bundesländern, Psychotherapie, Schubhaft etc.)
<http://www.asyl.at/adressen/beratung.htm>

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

- Infoblatt der asylkoordination österreich (1/2015)
http://www.asyl.at/infoblaetter/koordinaten_umf.pdf
<http://umf.asyl.at/>
- SOS-Kinderdorf – Unterbringung von Flüchtlingskindern/Spenden
<http://www.sos-kinderdorf.at/wie-sie-helfen-koennen/spenden/aktuelle-hilfsprojekte/neue-platze-fur-fluchtlinginder>

Verschiedene Integrationsinitiativen

- Integration durch Kicken
<http://www.dw.com/de/fl%C3%BCchtlinge-kickend-integrieren/a-18697964>
- Interkulturelle Dialogprojekt „ZusammenReden“ der Caritas Wien (Missing Link)
<http://www.zusammenreden.net/>
- KOMPA bietet Information/Austausch/Mediation zum Thema Flucht/Migration sowie nachbarschaftliche Begegnungen in Wien und Niederösterreich an:
<https://www.facebook.com/Projekt.KOMPA>
- Klosterneuburg hilft – Bürgerinitiative mit umfassenden Angeboten für Flüchtlinge, NÖ: <http://www.klosterneuburg-hilft.at/>
- Freundeskreis Flüchtlingsheim Landhaus St. Gertraudi, Kaltenbach, Tirol:
<http://www.fluechtling.org/>

Aktive Zivilgesellschaft – Aktive Gemeinden

- Zivilgesellschaftliche Initiativen in Gemeinden aller Bundesländer
<http://www.asyl.at/adressen/initiativen.htm>
- Überblick über Möglichkeiten, privat zu helfen – SOS-Mitmensch
<http://www.sosmitmensch.at/site/home/article/1041.html>
- Kurier-Aktion: Integrationsgemeinden 2015 – beispielgebende Gemeinden hinsichtlich Flüchtlingsunterbringung/-betreuung
<http://kurier.at/chronik/oesterreich/integrationsgemeinde-2015>
<http://kurier.at/chronik/oesterreich/integrationsgemeinde-2015/integrationsgemeinde-2015-jetzt-voten-die-kurier-leser/137.273.665>
- Ö1 – Geschichten vom Helfen. Landkarte einer neuen Zivilgesellschaft (vielfältige Initiativen für Flüchtlinge in Gemeinden)
http://oe1.orf.at/miteinander_geschichten

Freiwilligenarbeit

Handbuch und Praxistipps:

- Flüchtlingshilfe Baden-Württemberg: „Willkommen! Ein Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in Baden-Württemberg“ von fluechtlingshilfe-bw.de
<http://www.fluechtlingshilfe-bw.de/praxistipps/handbuch/>

Weitere Angebote

- Erste Bank und Sparkassen: Gratis Konto für Asylwerbende
<https://www.erstegroup.com/de/Presse/Presseausendungen/Archiv/2015/9/8/Gratis-Konto-fuer-Asylwerbende>
- Online Cultural Guide
http://guide.culturecrossing.net/basics_business_student.php?id=14
- APP: Niederschwelliges Sprachlernspiel für Deutsch, in Kürze auch Arabisch-Deutsch
<http://www.ovos.at/portfolio/146,sprachlernspiel-lern-deutsch.html>

Beispiele für Kommunikation von Bürgermeistern hinsichtlich Flüchtlingsunterbringung

- Bürgermeister Christoph Stark, Gleisdorf
http://www.kleinezeitung.at/s/steiermark/weiz/peak_weiz/4813489/Gleisdorf_Burgemeister-Stark_Fluchtlinge-willkommenGemeinde Putzleinsdorf – Bürgermeister-brief auf Gemeinde-Website
- Bürgermeister Bernhard Fenk, Putzleinsdorf
<http://www.putzleinsdorf.at/system/web/news.aspx?bezirkonr=0&menuonr=221504798&detailonr=225179779-2228>

Beratung, psychologische Betreuung und Psychotherapie

- NIPE - Netzwerk für Interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierung
- <http://nipe.or.at/>
- ZEBRA – Interkulturelles Therapie- und Beratungszentrum
- <http://www.zebra.or.at/cms/cms.php?pageName=3>
- HEMAYAT – Beratungszentrum für Folter- und Kriegsüberlebende, bietet Beratung und psychotherapeutische Behandlung <http://www.hemayat.org/>

LITERATUR:

- August Gächter (2013), Kosten unzureichender sozialer Integration von EinwanderInnen, Österreichischer Städtebund, Wien.
- Europäische Union (2010), Handbuch zur Integration für Entscheidungsträger und Praktiker, Dritte Ausgabe (online verfügbar).
- Herbert Langthaler (Hg.) (Erscheinungsjahr), Integration in Österreich, Wien.
- Flüchtlingshilfe Baden-Württemberg: „Willkommen! Ein Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in Baden-Württemberg“ (online verfügbar: <http://www.fluechtlingshilfe-bw.de/praxistipps/handbuch/>)

E. TEILNEHMERINNEN

ACKERBAUER Pamina, Öffentlichkeitsarbeit, Projekt-Scout, Verein Respekt.net, Wien (A)

ALBEL Günther, Bürgermeister, Stadt Villach, Villach (A)

ALLGÄUER Alicia, Mag.a, DAS, Teamleiterin, Caritas Wien, Missing Link (KOMPA, ZusammenReden), Wien (A)

ASCHBERGER Alois, Bürgermeister, Gemeinde Wiesing, Wiesing (A)

BABLER Andreas, Bürgermeister, Stadtgemeinde Traiskirchen, Traiskirchen (A)

BAJERICA Azra, Obfrau, Verein Bildunginitiative Österreich- viel mehr für Alle!, Wien (A)

BAUR Christine, Dr., Landesrätin, Amt der Tiroler Landesregierung, Innsbruck (A)

BERCHTOLD Armin, Bürgermeister, Gemeinde Schwarzenberg, Schwarzenberg (A)

BERCHTOLD Wilfried, Mag., Bürgermeister, Stadt Feldkirch, Feldkirch (A)

BERTHOLD Martina, Mag., Landesrätin, Salzburg (A)

BINDER Andrea, Gemeinderat, Gemeinde Zillingdorf

BLAHA Isabella, Bürgermeisterin, Gemeinde Scharnitz, Scharnitz (A)

BÖKER Ulrike, Bürgermeisterin, Marktgemeinde Ottensheim, Ottensheim (A)

BRENNSTEINER Günther, Ing., Bürgermeister, Gemeinde Niedernsill, Niedernsill (A)

BÜRSTMAYR Georg, Mag., Lawyer, Rechtsanwaltskanzlei Mag. Georg Bürstmayr, Wien (A)

CHALUPKA Michael, Mag., Direktor, Diakonie Österreich, Wien (A)

DEUTSCH Bernhard, Bürgermeister, Marktgemeinde Strem, Strem (A)

DORFINGER Maria, Mag., Amtsleiterin, Gemeinde Lochen am See

DRESSLER Gustav, Dr., Geschäftsführer, 3 Banken Generali Investment-Gesellschaft m.b.H., Wien (A)

ECKHARD Eva, BA MA, Beratung und Prozessbegleitung Quartier und Gemeinde, Zebra Interkulturelles Beratungs- und Therapiezentrum, Graz (A)

EDER-HASLEHNER Christine, Betreuerin Flüchtlingsheim Landhaus und Nebenhäuser, TSD Tiroler Soziale Dienste, Aschau (A)

EGGER Andreas, Bürgermeister, Gemeinde Aschau im Zillertal, Aschau (A)

EHM Veronika, Flüchtlinge Willkommen Österreich, Wien (A)

EHRENSTRASSER Andreas, Bürgermeister, Gemeinde Langkampfen

FISCHER Kurt, Dr, Bürgermeister, Marktgemeinde Lustenau, Lustenau (A)

FISCHER-SEE Doris, Dr., Koordination und Vorstandsmitglied der Initiative, Flüchtlingsnetzwerk Perchtoldsdorf, Perchtoldsdorf (A)

FRICK Martin, Mag., Editor and Head, Project Firefly, HSG - Universität St.Gallen, Sulz (A)*

FÜRLINGER Franz, Ing., Vizebürgermeister, Gemeinde Zillingdorf

GAGGL Hilde, Bürgermeisterin, Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee, Krumpendorf am Wörthersee (A)

GARTLACHER Hansjörg, Bürgermesiter, Gemeinde Kolsass, Kolsass (A)

GASTEIGER Klaus, Bürgermeister, Gemeinde Kaltenbach, Kaltenbach (A)

GERHÄUSSER Claudia, Dipl.-Ing. MA Exhibition Design, Research Fellow, University Assistant, Technical University Graz, Graz (A)*

GLEIRSCHER Irene, Erwachsenenbildung, Harvesting, SOS-Kinderdorf Hermann-Gmeiner-Akademie, Innsbruck (A)*

GRÄF Renate, MA, Amtsleiterin, Marktgemeinde Ottensheim, Ottensheim (A)

GREISBERGER Martin, Bürgermeister, Marktgemeinde Thalgau, Thalgau (A)

GRISSEMANN Karin, Gemeindevorstand, Steinach am Brenner, Steinach am Brenner (A)

GUGGENBICHLER-BECK Franziska, Regie, Moderation, Eppan (I)*

HAITZER Andreas, Bürgermeister, Gemeinde Schwarzach, Schwarzach (A)

HANDLER Martina, Dr.in, Bereichsleiterin Partizipation und Green Investment, Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT), Wien (A)**

HANSER Peter, Dr., Bürgermeister, Gemeinde Mils, Mils (A)

HARB Maximilian, Bürgermeister, Gemeinde Volders, Volders (A)

HAUTZ Josef, Dipl.-Ing., Bürgermeister, Gemeinde Steinach am Brenner, Steinach am Brenner (A)

HEGER Peter, Bürgermeister Marktgemeinde Horitschon, Horitschon (A)

HEINREICHBERGER Bernhard, Management Controlling, IMC Fachhochschule Krems, Mitterndorf (A)

HIEBAUM Otmar, Bürgermeister, Marktgemeinde Markt Hartmannsdorf, Markt Hartmannsdorf (A)

- HOFER Ernst, Dr., Amtsleiter, Marktgemeinde St. Johann, St. Johann in Tirol (A)
- HOFER-LARCHER Monika, Gemeindereferentin, Gemeinde Eppan, Eppan (I)
- HÖRL Christian, Mag., Projektbegleitung, Coaching und Supervision, Christian Hörl Unternehmensberatung, Bregenz (A)**
- HUMER Walter, Amtsleiter, Gemeinde Waldkirchen am Wesen
- JÖCHL Stefan, Bürgermeister, Gemeinde Reith bei Kitzbühel, Reith bei Kitzbühel (A)
- KANDLER Klaus, Dr., LL.M. MBA, Amtsleiter, Marktgemeinde Rum, Rum (A)
- KASSEROLER Florian, Bürgermeister, Marktgemeinde Nenzing, Nenzing (A)
- KAUP Johannes, Mag., Redakteur und Moderator, Redaktion Wissenschaft-Bildung-Religion, ORF Radio Österreich 1, Wien (A)*
- KENYERI Engelbert, Bürgermeister, Gemeinde Rechnitz, Rechnitz (A)
- KLINAR Wolfgang, Bürgermeister, Marktgemeinde Seeboden am Millstätter See, Seeboden (A)
- KLISCH Bernd, Mag., Fachbereichsleiter Flüchtlings- und Migrantenhilfe, Caritas der Diözese Feldkirch
- KOHLHAUPT Gwendolyn Christin, BA, Political Science, University of Vienna, Wien (A)*
- KONRAD Christian, Dr., Ökonomierat, Raiffeisenlandesbank NÖ/Wien, Wien (A)
- KOPF Roman, Ing. MSc., Bürgermeister, Gemeinde Röthis, Röthis (A)
- KRAUS Daniela, Dr., Wien (A)*
- KREISER Josef, Bürgermeister, Marktgemeinde Zirl, Zirl (A)
- KREUTZER Mary, Mag.a, Einrichtungsleiterin, Caritas Wien, Missink Link (KOMPA, ZusammenReden, *peppa)
- LARCHER Anna, Koordination Refugees Welcome, Flüchtlinge Willkommen Österreich, Wien (A)
- LEDERMÜLLER Hanno, Dr., Stadtamtsdirektor, Amt der Stadt Dornbirn, Dornbirn (A)
- LINDNER Josef, Bürgermeister, Marktgemeinde Gutau, Gutau (A)
- LOACKER Christian, Bürgermeister, Gemeinde Götzis, Götzis (A)
- LÖWENSTEIN Alexander, Mag., Entrepreneur, Mag. Alexander Löwenstein Organisationsberatung-Managementtraininig-Coaching e.U., Wien (A)*
- LUFTENSTEINER Nathalie, Volontärin, Europäisches Forum Alpbach, Wien (A)

MACKNER Georg, Dr., Öffentlichkeitsarbeit und Immobilienmanagement, Tiroler Soziale Dienste GmbH
Asylkoordination des Landes Tirol, Innsbruck (A)

MAIER Jürgen, Bürgermeister, Stadtgemeinde Horn, Horn (A)

MAIR Gisella, Vizebürgermeisterin, Gemeinde Mühlbach, Mühlbach (I)

MALECZEK Dorothea, Molekulare Medizin und Humanmedizin, Medizinische Universität Innsbruck, Innsbruck (A)*

MESSNER Fritz Karl, Dr., Bürgermeister, Gemeinde Sterzing, Sterzing (I)

MÜLLER Werner, MAS, MSc, Bürgermeister, Vize Präsident Vorarlberger Gemeindeverband, Gemeinde Klaus, Klaus
(A)

MUXEL Ludwig, Bürgermeister, Gemeindeamt Lech, Lech a.A. (A)

NUNZER Andreas, Dr. jur, MA, Bürgermeister, Gemeinde Spitz, Spitz (A)

OPPITZ-PLÖRER Christine, Mag.a, Bürgermeisterin, Stadtmagistrat Innsbruck, Innsbruck (A)

OTTENBACHER Sonja, Bürgermeisterin, Gemeinde Stuhlfelden, Stuhlfelden (A)

PARADEISER Karl, Altbürgermeister, Michaelbeuern (A)

PFEIFFER Walter, Bürgermeister, Marktgemeinde Wolfau, Wolfau (A)

PINTER Thomas, Bürgermeister, Gemeinde Meiningen, Meiningen (A)

POBER Christian, Gemeinderat, Stadt Villach, Villach (A)

POSCH Dieter, Bürgermeister, Gemeinde Neudörfel, Neudörfel

POSCHNER Alexander, Dipl. Ing., Architekt

PUECHER Rudolf, Ing., Bürgermeister, Marktgemeinde Brixlegg, Brixlegg (A)

PURTSCHER Johannes M., Mag. MIM, Chairman, Forum Alpach Network; Sales Manager, VPUR Design, St. Gallen
(CH)*

RÄDLER Johann, Abgeordneter zum Nationalrat, Bürgermeister, Gemeinde Bad Erlach

RASTNER Alfons, Bürgermeister, Gemeinde Mühlbachl

REINPRECHT Astrid-Marie, Mag. M.Sc., Doktoratsstudium der Politikwissenschaft, European University Institute,
Wien (A)*

RINNER Eva Nicola, Mag., Volkswirtschaftslehre, Moderation, Egg (A)*

RITZER Christian, Bürgermeister, Gemeinde Niederndorf, Niederndorf (A)

ROISZ Walter, Bürgermeister, Gemeinde Ritzing, Ritzing (A)

SCHÄDLE Martin, Bürgermeister, Gemeinde Grän, Grän (A)

SCHÄRMER Georg, Caritasdirektor, Caritas der Diözese Innsbruck, Innsbruck (A)

SCHMIDINGER Anita*

SCHMUCKENSCHLAGER Stefan, Bürgermeister, Stadtgemeinde Klosterneuburg, Klosterneuburg (A)

SCHÖNHERR Peter, Mag., Bürgermeister, Gemeinde Neustift im Stubaital, Neustift im Stubaital (A)

SCHÖPF Ernst, Mag., Präsident, Tiroler Gemeindeverband, Innsbruck (A)

SCHUSTER Martin, Bürgermeister Gemeinde Perchtoldsdorf, Perchtoldsdorf (A)

SCHWARZ Jasmin, Mag., Amtsleiterin, Gemeinde Neustift im Stubaital, Neustift im Stubaital (A)

SCHWÄRZLER Erich, Ing., Landesrat, Amt der Vorarlberger Landesregierung

SCHWARZMANN Angelika, Bürgermeisterin, Gemeinde Alberschwende, Alberschwende (A)

SCHWEIBERER Johann, Bürgermeister, Gemeinde Lochen am See, Lochen am See (A)

SCHWENDENWEIN Joachim, Dr., Berater, 21st Corporate Development, Wien (A)**

SMRTNIK Franz, Bürgermeister Marktgemeinde Bad Eisenkappel, Bad Eisenkappel (A)

STEIMAIR Sigfried, Dr., Bürgermeister, Gemeinde Sand in Taufers, Sand in Taufers (I)

STEINER Anton, Bürgermeister Gemeinde Prägarten a.g., Prägarten a.G. (A)

STOCKHAUSER Peter, Mag., Geschäftsführer, Tiroler Gemeindeverband, Innsbruck (A)

STRASSER Herbert, Bürgermeister, Hemeinde Waldkirchen am Wesen, Waldkirchen (A)

STROBL Alexander, Volkswirtschaftslehre, Universität Wien, Wien (A)

SUCHER Andreas, Bürgermeister, Stadt Villach, Villach (A)

THUMPSEER Herbert, Labg, Msc, Bürgermeister, Marktgemeinde Traisen, Trasiern (A)

THURNWALDER Maria, Gemeinderätin, Referat Familie-Jugend-Soziales, Gemeinde Mieming, Mieming (A)

TRETTL Wilfried, Bürgermeister, Gemeinde Eppan

TSCHUGG Silvia, BA, Sozialpolitische Referentin, Caritas Österreich; Internationale Entwicklung, Universität Wien, Wien (A)*

VARFI Melinda, M.Sc., Moderation**

Offenes Handbuch für Gemeinden „Wege aus der Asylquartierkrise“

WAGNER Hanspeter, Bürgermeister, Gemeinde Breitenwang

WEBER Gustav, Bürgermeister, Gemeinde Sitzenberg-Reidling, Sitzenberg-Reidling (A)

WEIDINGER Peter Franz, Mag., Stadtrat, Stadt Villach, Villach (A)

WEINBERGER Josef, Gemeindevorstand, Gemeinde Lochen am See, Lochen am See (A)

WIMMER Franz, Fraktionsobmann, Gemeinde Lochen am See, Lochen am See (A)

WISTHALER Verena, Mag., Politics, Institute for Minority Rights, EURAC - European Academy of Bozen/Bolzano, Bozen/Bolzano (I)

WOLLNER Fritz, Seeboden am Millstätter See

ZAPFL Gerhard, Ing., Bürgermeister, Gemeinde Nickelsdorf, Nickelsdorf (A)

** Hosting Team, * Co-Hosts